



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 5

Mai 1973

AIB-Aktuell

S. 2

Naher Osten

W. Brönnner:

Zionismus, Israel und Palästinenser

S. 3-6

W. Brönnner:

Die Unterstützung Israels durch die USA

S. 7-9

W. Brönnner:

Die Unterstützung Israels durch die BRD

S. 9-12

W. Brönnner, J. v. Freyberg:

Presseberichterstattung in der BRD

S. 12-16

S. Ibrahim:

Der palästinensische Widerstand

S. 16-20

Gespräch mit Jassir Arafat

S. 21

W. Brönnner:

Die Rolle Israels in der imperialistischen Strategie und
die Lösung des Nahost-Konflikts

S. 22-26

Mocambique

Schulen in den befreiten Gebieten

S. 26-27

Rhodesien

Zapu:

Konfrontation in Zimbabwe

S. 28-30

Kurzinformation

S. 30-32

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AIB-Aktuell

Bundesweites Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika gegründet!

In den letzten Monaten hat die Solidaritätsbewegung mit den Völkern Indochinas ein bisher unbekanntes Ausmaß erreicht. Der Protest vieler tausend Menschen in der Bundesrepublik hat mit dazu beigetragen, daß die US-Regierung gezwungen werden konnte, das Pariser Friedensabkommen zu unterzeichnen.

Diese Bewegung, aber auch das positive Echo, das die Kampagnen zur Unterstützung der um Befreiung kämpfenden Völker in den portugiesischen Kolonien gefunden haben, zeigen, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung unseres Landes das Interesse wächst am Kampf der Völker in der "Dritten Welt" gegen Neokolonialismus und rassistische Unterdrückung. Mehr und mehr setzt sich auch die Erkenntnis durch, daß in einem weltweiten System neokolonialer Ausbeutung der Imperialismus der BRD und ihrer Konzerne maßgeblichen Anteil an der Ausplünderung anderer Länder hat, daß "Entwicklungshilfe" zu oft dazu dient, überkommene Machtstrukturen in den Entwicklungsländern aufrechtzuerhalten und wirtschaftliche Abhängigkeiten zu zementieren.

Dieser Tatsache muß auch die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik Rechnung tragen.

Aus diesem Grund trafen am 2. Mai in Gießen Vertreter mehrerer Jugend- und Studentenverbände sowie Einzelpersonlichkeiten, Gewerkschafter und Vertreter kirchlicher Organisationen zusammen, um über die Gründung eines Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika zu beraten. Sie waren der Einladung von Prof. Dr. Erich Wulff gefolgt, der die Initiative zur Gründung des Komitees ergriffen hatte.

AN DER BERATUNG NAHMEN TEIL:

Beauftragte der Bundesvorstände des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), der Deutschen Jungdemokraten, der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken, der Naturfreundejugend, des MSB Spartakus, des SHB, der Deutschen Kommunistischen Partei, des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK), der Deutschen Friedensgesellschaft/Internationale

Kriegsdienstgegner (DFG / IdK), der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, Vertreter des Antimperialistischen Informationsbulletins, der Deutschen Volkszeitung, der Stimme der Gemeinde, des Deutschen Komitees für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique sowie Peter Mühle (Jugendvertreter), Peter Dietzel, Martin Niemöller und Prof. Dr. H.W. Bartsch.

I H R E U N T E R S T Ü T Z U N G H A B E N Z U G E S A G T:

Prof. Dr. W. Abendroth, Prof. Dr. J. Redhardt, Prof. Dr. D. Sölle-Steffenski, Pfarrer H. Stuckmann, Dr. D. Boris, H. Lederer (Rechtanwalt), D. Hooze (Landesjugendsekretär des DGB-Hessen), W. Malcomes (Betriebsrat), S. Schardt (Gewerkschaftssekretär), H. Schulte (Betriebsrat), W. Meyer (Gewerkschaftssekretär), H. Bublitz (Betriebsrat), H. Pietsch (Jugendvertreter); Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung, Landesfriedenskomitee, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands - Land Baden; Blätter für Deutsche und internationale Politik, Kritischer Katholizismus, Kürbiskern,

Extra-Dienst.

Das Komitee wird auf der Grundlage einer von allen Mitgliedern gebilligten politischen Plattform seine Arbeit aufnehmen und
S T E L L T S I C H F O L G E N D E
A U F G A B E N:

- die Verbrechen des Rassismus, des Kolonialismus und des Neokolonialismus anzuprangern und dabei die Rolle der Konzerne und der imperialistischen Staaten, vor allem der BRD, zu entlarven;

- die Öffentlichkeit über den Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen, über ihre Ziele, ihre Erfolge und über die Härte der Bedingungen, unter denen sie kämpfen müssen, zu informieren;

- wirksame materielle Hilfe in Abstimmung mit den Befreiungsbewegungen zu leisten. Dementsprechend wird das Komitee mit Stellungnahmen zu aktuellen Ereignissen an die Öffentlichkeit treten, es wird Veranstaltungen organisieren und Materialien herausgeben. Der Kontakt zu den Befreiungsbewegungen und die Organisation von Kampagnen zur materiellen Hilfe zählen ferner zu den Hauptaufgaben des Komitees.

Auf der Gründungsversammlung wurde P R O F. D R. E R I C H W U L F F E I N S T I M M I G Z U M S P R E C H E R D E S K O M I T E E S B E R U F E N. Ebenso einstimmig wurde ihm ein neunköpfiges Sekretariat zur Seite gestellt. Dem Sekretariat, das sich noch nicht vollständig konstituiert hat, gehören bisher an: je ein Vertreter des VDS, der Deutschen Jungdemokraten, der SDAJ, des AIB sowie Prof. Dr. W. Abendroth und Peter Dietzel. Einmütig wurde beschlossen, dem Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, einem Gewerkschaftssekretär und einem Kirchenvertreter je einen Sitz im Sekretariat des Komitees anzubieten. Das Komitee hat seinen Sitz in Frankfurt (Eichwaldstr. 32, Tel. 452323).

Die am 2. Mai in Gießen versammelten Mitglieder haben erste Vorschläge für ein
A K T I O N S P R O G R A M M beraten.

Angesichts des bevorstehenden Besuches von Bundeskanzler Willy Brandt in Israel und des angekündigten Gegenbesuches einer Parteidelegation aus Israel in der BRD, wird das Komitee auf der Grundlage seiner politischen Plattform mit einer A K T I O N Z U R N A H - O S T F R A G E an die Öffentlichkeit treten.

Das Komitee wird ferner sich mit den Mächtschaften internationaler Konzerne beschäftigen und A M B E I S P I E L C H I L E S aufzeigen, wie ihre wirtschaftliche und politische Macht die Souveränität und innere Ordnung der Staaten gefährdet, die sich von der Ausbeutung durch ausländische Großunternehmen zu befreien suchen.

Das Komitee hat beschlossen, sich an der Vorbereitung und Durchführung eines internationalen B R A S I L I E N - T R I B U N A L S zu beteiligen.

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee wurde nicht gegründet, um andere Organisationen oder Gruppen zu ersetzen oder mit ihnen zu konkurrieren. Das Komitee macht es sich vielmehr zur Aufgabe, vorhandene Anstrengungen zu unterstützen, neue Impulse zu geben und noch wirkungsvoller, als dies bisher geschehen konnte, fortschrittlich denkende Menschen an die antimperialistische Bewegung heranzuführen. Das Komitee begrüßt daher außerordentlich die Arbeit der I N I T I A T I V E I N T E R - N A T I O N A L E V I E T N A M - S O L I - D A R I T Ä T und ihre Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen des Thieu Regimes in Südvietnam entsprechend dem Pariser Abkommen sowie die Aktivitäten verschiedener Gruppen zur Vorbereitung der S O L I D A R I - T Ä T S W O C H E D E R U N O M I T D E N V Ö L K E R N D E S S Ü D L I C H E N A F R I K A.

NAHER OSTEN

Die Bundesregierung hat einen Kanzler-Besuch in Israel vom 6.-11.6.1973 angekündigt. Ein Beitrag zur Entspannung des Krisenherdes im Nahen Osten, eine Friedensfahrt von Brandt ?

Genau am 5. 6. vor sechs Jahren starteten die Machthaber Israels ihren von langer Hand vorbereiteten Aggressionskrieg, genannt "Blitzkrieg" oder "Sechstagekrieg", gegen die arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Syrien und Jordanien. Die damaligen BRD-Regierungsinstanzen und die westdeutschen Massenmedien feierten Israels Kriegszug als "ihren Sieg", denn - so Springers "Bild" - "Jerusalem ist eben Berlin und Berlin Jerusalem" (Jansen/Klönne, Imperium Springer, Köln 1968, S.186). Der "lehrreiche" Blitzkrieg Israels wurde gefeiert als Rache für Stalingrad und als wegweisend für die noch ausstehende "Befreiung" der Brüder und Schwestern im anderen Teil Deutschlands, in Polen und der CSSR. Aber nicht nur "Bild" war dabei ... Günther Grass appellierte namens der SPD auf dem Bonner Münsterplatz an die Bevölkerung: "Die Freiheit Berlins wird in Jerusalem verteidigt." (Dokumentation Araberabschiebung des ASTA Marburg vom 27.11.1972, S. 53) Die umfangreiche Militär- und Wirtschaftshilfe der BRD-Regierung hatte sich also "ausgezahlt" ... sie wurde nach 1967, nach 1969 und wird heute fortgesetzt.

Im Februar 1970 schrieb Brandt noch: "Um den besorgniserregenden Konflikt im Nahen Osten friedlich beizulegen, gibt es bisher keinen besseren Anknüpfungspunkt als die Entschließung des Sicherheitsrates der UNO." (W.Brandt, Friedenspolitik in Europa, Stuttgart 1971, S. 19) 1971 aber lehnte die Bundesregierung ein internes Arbeitspapier der EWG zum Nahen Osten, das diese UNO-Resolution unterstützte und die sofortige Räumung der von Israel seit 1967 besetzten Gebiete forderte, ab. Brandt 1970: "Wir lehnen jede Form der Diskriminierung, Unterdrückung und fremder Beherrschung ab, die das friedliche Zusammenleben der Völker immer von neuem gefährdet ... Ihre, unsere Zukunft liegt in der Gemeinsamkeit." (a.a.O.) Gemeinsamkeit - mit Nixon und Meir gegen die Beschlüsse der UNO ? Oder: Gemeinsamkeit mit den entrechteten, diskriminierten, unterdrückten Palästinensern, mit den von Tel Avivs Machthabern bedrohten und verfolgten Arabern ? Gemeinsamkeit zu Durchsetzung der UNO-Friedensregelung vom November 1967 ?

Brandts Reiseprojekt ist gleichbedeutend mit dem Versuch der Stützung und internationalen Aufwertung der Kriegstreiber in Israel. Sie stellt eine Herausforderung, eine Provokation der demokratischen Weltöffentlichkeit, aller Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts dar. Die Bundesregierung muß diesen geplanten Junibesuch rückgängig machen ! Die fortschrittlichen Kräfte in der BRD und in aller Welt fordern Brandts Distanzierung von der israelischen Unterdrückungs- und Kriegspolitik ! Sie fordern seine tatkräftige Unterstützung der UNO-Friedensregelung. Sie fordern die Einstellung der weiterfließenden Militär- und Wirtschaftshilfe für Tel Aviv.

Wolfram Brönner Zionismus, Israel und Palästinenser

Der Zionismus als politisch-ideologische Bewegung bildete sich Ende des 19. Jahrhunderts als kleinbürgerliche Antwort auf die sich häufenden antijüdischen, rassistischen Pogrome im zaristischen Rußland und Polen heraus. Der Begründer des Zionismus und bürgerliche Monarchist Theodor Herzl bestritt die sozialökonomischen Wurzeln des "Antisemitismus" (vgl. Kasten "Juden, Semiten, antijüdische Stimmungen, 'Antisemitismus'"), sprach von einer ewigen und unveränderlichen Natur des "jüdischen Volkes" und verstand die weltweit verstreuten jüdischen Gläubigen als unabhängig von jeder Klassenzugehörigkeit. Ausgehend von der vorgeblichen Existenz einer sogenannten "exterritorialen Weltnation der Juden", d.h. einem "absoluten Zusammengehörigkeitsgefühl" aller Juden, formulierten die zionistischen Führer die These, die Beseitigung des "Antisemitismus" bzw. "Judenhasses", damit die Lösung der "Judenfrage", sei nur möglich durch die Schaffung eines "Judenstaates". Die Zionisten nannten als

Ziel die Wiedererrichtung der "jüdischen nationalen Heimstätte" in ihrer angeblich rechtmäßigen Heimat Palästina. Auf dem zionistischen Weltkongress 1897 wurde u.a. "die zweckdienliche Förderung der Besiedelung Palästinas" durch jüdische Emigranten, "die Stärkung des jüdischen Volksgefühls und Volksbewußtseins" sowie der Versuch zur Gewinnung imperialistischer Regierungen für die Verwirklichung des "Ziels des Zionismus" beschlossen.

Die Gewinnung der Mehrheit aller Juden als Voraussetzung zur Errichtung eines "Judenstaates" versuchte die zionistische Bewegung auf folgende Weise durchzusetzen: Die Assimilation der Juden in ihren Heimatländern wurde prinzipiell bekämpft und ein völkisches, rassisches Bewußtsein formuliert. Insofern war und ist der Zionismus eine rassistische Antwort auf die rassistische Ideologie des "Antisemitismus". Diese reaktionäre Geistesverwandtschaft erkannte bezeichnenderweise Adolf Hitler sehr klar: "Der Zionismus ... 3

trat aufs schärfste für die Bestätigung des v ö l k i s c h e n C h a r a k t e r s der Judenschaft ein." (In: Mein Kampf, München 1933, S. 60)

In diesem Sinne machten sich die Zionisten von Anbeginn ihrer Besiedelung des britischen Mandats Palästina - seit Anfang des 20. Jahrhunderts - die wirtschaftliche, rassische und religiöse Diskriminierung der einheimischen palästinensischen Araber zu eigen.

Als nach dem 2. Weltkrieg Großbritannien über die Konsequenzen seiner blutigen Politik des "teile und herrsche" die Kontrolle über sein Mandatsgebiet Palästina verlor und die "Palästina"-Frage der UNO übergab, bestand die reale Möglichkeit, das palästinensische Volk vom kolonialistischen Joch zu befreien sowie einen demokratischen Staat Palästina für Araber und Juden zu errichten. Doch weder die arabische Feudalreaktion noch die ebenso mit den imperialistischen Staaten kollaborierende zionistische Bewegung stimmten dem zu. So entschied der UNO-Teilungsplan von 1947 über die Bildung eines jüdischen und eines arabischen Teilstaates in Palästina, auf der Grundlage einer Wirtschaftsunion und der Zuerkennung eines internationalen Status für Jerusalem. Der Krieg von 1948 zwischen Israel und den arabischen Staaten hinderte jedoch das palästinensische Volk daran, sein Recht auf Selbstbestimmung in den von der UNO zuerkannten Grenzen wahrzunehmen. Israel nutzte den Kriegsausbruch zur völkerrechtswidrigen Annexion von Mittelpalästina, Westgaliläa und der Neustadt von Jerusalem. Hinzu kam: "Das reaktionäre Feudalregime Transjordaniens unter König Abdallah annektierte schließlich am 24.4.1950 im Einverständnis mit Großbritannien und den USA, entgegen den Beschlüssen der UNO, Gebiete westlich des Jordans. Diese widerrechtliche Maßnahme und der zionistische Gewaltakt verhinderten die Gründung eines selbständigen arabischen Staates Palästina." (J. Goldberg, Der Nahost-Konflikt, Frankfurt 1972, S. 18)

Infolge des durch die hitlerdeutschen Verbrechen ausgelösten enormen jüdischen Zustromes nach dem 2. Weltkrieg belief sich zur Zeit der Staatsgründung Israels 1948 die Bevölkerungszahl Palästinas auf 1,24 Mio palästinensische Araber und 665.000 Juden. Durch gezielte Massenvertreibung seitens zionistischer Armeeeinheiten wurden bis 1949 960.000 Palästinenser zu Flüchtlingen. 1955 zählte man ca. 1,5 Mio. Juden und 180.000 Araber auf israelischem Staatsterritorium.⁴⁾ Durch Israels Kriegszüge 1956 und 1967 sowie anhaltende militärische Operationen wurden bis heute rund 1,4 Mio. von insgesamt 2,5 Mio. Palästinensern zu Vertriebenen, die in Flüchtlingslagern dahinvegetieren müssen.⁵⁾ In den von Israel 1967 okkupierten Gebieten leben heute rund 1 Mio. palästinensische Araber.

Mit den 1967 okkupierten Gebieten versuchen die zionistischen Machthaber eine Verdreifachung des israelischen Staatsterritoriums zu verewigen.

Die israelische Regierung verweigert entgegen zahlloser UNO-Entscheidungen den Palästinensern bis heute die elementaren Rechte auf Rückkehr in ihre Heimat, materielle Entschädigung und nationale Selbstbestimmung. Sie ist damit verantwortlich für Elend und Ausweglosigkeit der Flüchtlinge. Die arabischen Nachbarstaaten sind wiederum aufgrund ihrer geringen ökonomischen Potenz sowie durch die von Israel aufgezwungenen hohen Rüstungsausgaben zur Eingliederung der Palästinenser nicht in der Lage. Vor allem aber beharrt das palästinensische Volk auf seinen legitimen Rechten und hat daher einen organisierten politischen und militärischen Widerstandskampf aufgenommen.



Der unersättliche Appetit eines Räubers
Karikatur nach „Prawda“

Indessen wurde die zionistische Hauptthese, die "Judenfrage" sei allein durch die Schaffung eines "Judenstaates" möglich, durch die 25-jährige Geschichte Israels gründlich widerlegt. Die überwiegende Mehrheit der heute 15 Mio. Juden lebt nicht in Israel (2,5 Mio.) und zeigt auch keine Ambitionen ihre Heimatländer zu verlassen.

Gründlich widerlegt wurde auch die zionistische These vom 'völkischen' Zusammengehörigkeitsgefühl aller Juden, von der zwangsläufigen rückhaltlosen Unterstützung des Zionismus und des Staates Israel durch die jüdischen Gläubigen in aller Welt ("exterritoriale Weltnation"). Die zionistischen Führer in- und außerhalb Israels versuchen daher, die Loyalität aller Juden gegenüber Israel durch moralischen und physischen Druck zu erzwingen.

Sie bekämpfen daher aufs Schärfste die vorherrschende Erscheinung der Assimilation und Integration der Juden innerhalb ihres jeweiligen Heimatlandes.

"Der englische Jude, der die britische Hymne 'God save the Queen' anstimmt, kann nicht gleichzeitig Zionist sein." 5)

So forderte z.B. ein Redakteur der israelischen Regierungspartei Mapai die gezielte Entsendung zionistischer Schlägertrupps in solche Länder, "wo Juden in sündiger Selbstzufriedenheit sich eingegliedert haben. Sie sollten diese Juden mit antisemitischen Beschimpfungen wie 'Saujude' oder 'schert Euch nach Palästina' und ähnlichen Unverschämtheiten heimsuchen." 6)

In diesem Sinne gründete beispielsweise der zionistische Rabbi, Rassist und Faschist Meir Kahane 1968 in New York eine von zahlreichen zionistischen Organisationen, die sogenannte "Jewish Defense League", die gegen "versöhnliche" und explizit antizionistische Juden mit physischer Gewaltanwendung und Terrorakten vorgeht. Interessanterweise wird sie dabei von dem berüchtigten Mafia-Boss Joe Colombo maßgeblich unterstützt. 7) Doch selbst in der stärksten Auslandsbastion der Zionisten, in den USA, wendet sich die Mehrheit der Juden zusehends von deren Theorie und Praxis ab und verweigert - mit Ausnahme der jüdischen Großbourgeoisie - Geldabgaben für den Staat Israel. Der israelische Colonel Bar-On charakterisierte 1968 die Haltung der jugendlichen amerikanischen Juden folgendermaßen:

"Sehr, sehr wenige sind loyal gegenüber der jüdischen Religion, dem Zionismus und dem Staat Israel... Man sorgt sich vielmehr um Vietnam, um die Schwarzen." 8)

Desweiteren führt die zionistische Bewegung mit bereitwilliger Unterstützung der bürgerlichen Massenmedien kontinuierliche antikommunistische Propagandafeldzüge gegen die UdSSR, in der über 2,2 Mio. Juden leben. Das Ziel ist die massenhafte Abwerbung qualifizierter jüdischer Fachkräfte und Ausübung von Druck auf die Sowjetregierung mithilfe des absurden "Antisemitismus"-Vorwurfs. 9)

Ausgerechnet die zionistische Organisation des Faschisten Kahane 'profilerte sich' durch Verprügelung sowjetischer Diplomaten, Organisation zahlreicher Bombenanschläge u.a. in und außerhalb der UdSSR.

Scheitern der zionistischen Ziele

Sowohl das zionistische Hauptziel "Judenstaat", in dem alle Juden angesiedelt werden sollten, als auch die These von der Existenz einer "exterritorialen Weltnation" wurden von der Geschichte widerlegt. Zur Realität geworden ist vielmehr eine Klassencharakter tragende israelische Nation. Diese kann

jedoch keinesfalls mit der zionistischen Bewegung bzw. dem Zionismus gleichgesetzt werden. In der Tat stehen der herrschenden Kapitalistenklasse Israels einschließlich dem ausländischen Monopolkapital die ausgebeuteten Klassen und Schichten, die Masse der armen orientalischen Juden, der israelischen Araber und auch Teile der europäischen Juden gegenüber.

In der Tat bekämpft eine wachsende Zahl des israelischen Volkes die proimperialistische, friedensfeindliche und rassistische Politik der zionistischen Machthaber.

Die wachsende Streikbewegung (Anzahl der Streiks 1969: 100; 1971: 169), verstärkte Protestaktionen der sogenannten Schwarzen Panther (orientalische Juden) sowie das Anwachsen der israelischen Friedensfront "Für einen Frieden ohne Annexionen" signalisieren die gegenwärtig verschärften Klassenkonflikte in Israel.

Über 20% der Bevölkerung, zumeist Orientalen, leben unter dem Existenzminimum und hausen vorwiegend in den städtischen Slums. Die sozialökonomische Diskrepanz zwischen den orientalischen Juden (Bevölkerungsanteil der sog. Sephardim: 54%) und europäischen Juden (sog. Aschkenasim: 34%) ist ebenso im Wachsen begriffen wie die Repressionen der Herrschenden gegen die israelische Bürgerrechtsbewegung. Die soziale Diskriminierung der Sephardim spiegelt sich z.B. im Anteil dieser Bevölkerungsmehrheit an der Hochschulausbildung von nur 10% wieder.

Noch eklatanter ist die Diskriminierung der nationalen arabischen Minderheit - Bevölkerungsanteil der israelischen Araber: 12%.

"Die Diskriminierung der Araber äußert sich auf allen sozialen Gebieten und in verschiedenen Formen - angefangen bei der Expropriation (Enteignung, d.V.) des Grund und Bodens und ungleicher Entlohnung für gleiche Arbeit bis zu den Hindernissen beim Erwerb einer vollwertigen Bildung. Das durchschnittliche Einkommen eines städtischen arabischen Arbeiters entspricht 70% des Einkommens eines jüdischen Arbeiters. Die Araber stellen nur 1,5% der Studenten." 10)

Durch das gigantische Aufrüstungsprogramm der zionistischen Machthaber entfallen 1973 60% der Staatsausgaben auf die Rüstung, wird die Inflationswelle (gegenwärtig ca. 25%) weiter angeheizt und die steuerlichen Lasten für die arbeitenden Massen noch drückender; Israel hat mit einer fünfzigprozentigen Lohnsteuer 1972 die höchste Lohnsteuerquote der Welt erreicht! Israelische Industriearbeiter und Angestellte antworteten in den ersten Monaten 1973 mit der stärksten Streikbewegung in der 25jährigen Geschichte des Landes.

Die zionistischen Machthaber versuchen, durch das gezielte Schüren des 'Kriegs'zustandes wie durch das ständige Heraufbeschwören einer sogenannten "äußeren Bedrohung", diese sich zuspitzenden Klassenseinandersetzungen zu neutralisieren. Gewaltpolitik und Expansionsdrang der israelischen Regierung, vor allem ihre Weigerung, die besetzten Gebiete zu räumen und die legitimen Rechte der palästinensischen Araber anzuerkennen, sind das Haupthindernis für eine dauerhafte Lösung des Nahost-Konflikts.

Anmerkungen:

- 1) Münchener Palästina Komitee, Information Nr. 2/1971, S. 9
- 2) A. Hitler, Mein Kampf, München 1933, S. 60

- 3) vgl. Hollstein, Kein Friede um Israel, Frankfurt 1972, S. 169
- 4) vgl. UNRWA - Generalkommission, Bericht 1971 (UNRWA = Hilfswerk zur Unterstützung der palästinensischen Flüchtlinge)
- 5) G. Meir, Les Temps Modernes, Darmstadt 1969, S. 109
- 6) A. Lilienthal, What Price Israel?, Chicago 1963, S. 207
- 7) vgl. Spiegel, 9.10.1972, S. 114
- 8) Yedioth Aharonoth, Tel Aviv, 30.10.1968
- 9) vgl. Juden in der Sowjetunion; Mythen und Wirklichkeit, Moskau 1972
- 10) E. Touma, Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 11/1972, S. 1532

Juden, Semiten, antijüdische Stimmungen, „Antisemitismus“

Semiten:

Semiten sind nicht Angehörige einer Rasse, sondern Angehörige einer Sprachfamilie, der sowohl Araber, Assyrer, Babylonier usw. als auch Teile des israelischen Volkes zuzurechnen sind. Auch die palästinensischen Araber sind Semiten!

Juden: Nicht Rasse, nicht Volk!

Als Juden wurden ursprünglich die Angehörigen eines nach dem Stamme Juda benannten, in Palästina ansässigen Volkes bezeichnet, das sich nach dem Jahre 70 unserer Zeitrechnung jedoch in alle Welt zerstreute. Das Bestehen eines jüdischen Volkes liegt also nahezu 2000 Jahre zurück. Die zeitgenössische Definition der Juden bezieht sich demnach im allgemeinen auf die Angehörigen der jüdischen, d.h. mosaischen Religion, die mit bestimmten religiös-kulturellen Gepflogenheiten und gemeinschaftlichen Lebensgewohnheiten verbunden ist (Untersagung von Eheschließungen von Juden mit Angehörigen anderer Religionen, Sabbath, z.T. eine gemeinsame - jiddische - Sprache usw.) und auf deren Nachkommen.

"Die Juden" sind folglich:

- unterschiedlicher Volkszugehörigkeit (Amerikaner, Polen ...)
- unterschiedlicher ethnischer Herkunft (Araber, Slawen ...)
- unterschiedlicher sozialer Zugehörigkeit und Herkunft (Angehörige einer bestimmten Klasse oder Schicht: Arbeiter, Kapitalist, Handwerker, Händler ...)

In alle Welt verstreut leben heute 15 Mio. Juden. Davon in Israel ca. 2,5 Mio., in den USA 5,5 Mio., in der UdSSR 2,2 Mio. ... Die Mehrzahl ist orientalischer Herkunft (Sephardim). Die zweitgrößte jüdische Gruppe ist mittel- und osteuropäischer Herkunft (Aschkenasim). In Israel ist der Großteil der Bevölkerung (israelisches Volk) orientalischer Herkunft (54%), die europäischen Juden machen in Israel 34%, die nicht-jüdischen Araber 12% der Bevölkerung aus.

Wurzeln antijüdischer Stimmungen

Antijüdische Stimmungen beruhen in erster Linie auf der überwiegenden sozial-ökonomi-

schen Stellung und Funktion "der Juden", im Feudalismus als Händler und Kaufleute, im Kapitalismus als Kleinrentner, Handels- und Finanzkapitalisten.

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert setzte gleichsam eine starke Proletarisierung des jüdischen Kleinbürgertums, vor allem in Osteuropa, ein. Hierdurch wurde eine echte Grundlage zu ihrer Integration (=Loslösung von kollektiver Abgeschiedenheit und Eingliederung in einheimisches Volk, stärkere Auflösung des Ghetto-Zustandes) und zu ihrer Einreihung in die Arbeiterbewegung geschaffen. Andererseits verschärfte sich u.a. durch die starke Auswanderung der osteuropäischen Juden nach Westeuropa das Konkurrenzverhältnis zwischen einheimischem und jüdischem Kleinbürgertum bzw. der Kleinbourgeoisie.

In der Tat machte die Konfrontation der jüdischen Händler mit den kleinbürgerlichen Schichten und dem Lumpenproletariat (höchste Arbeitslosigkeit in Weltwirtschaftskrise 1929-33) diese zu den Hauptträgern antijüdischer Stimmungen und Pogrome (zaristisches Rußland, Polen, Deutsches Reich), damit zur sozialen Massengrundlage für die rassistische Ideologie des "Antisemitismus".

Funktion des „Antisemitismus“ im kapitalistischen Herrschaftssystem

Die herrschende Kapitalistenklasse wie ihre bürgerlich-konservativen oder faschistischen Parteien nutzten jene ökonomisch und sozial bedingten antijüdischen Stimmungen zur Entfaltung von rassistischen ideologisch-politischen Bewegungen. Ihr Ziel war es, antikapitalistische Stimmungen in rassistische zu verkehren, um vom Klassenkampf gegen das Monopolkapital abzulenken. Die rassistischen "antisemitischen", richtig: antijüdischen Exzesse im Hitlerfaschismus richteten sich zunächst gegen jüdische Kleinrentner und Handelskapitalisten und stützten sich vor allem auf das deutsche Kleinbürgertum. Diskriminierung und Verfolgung, Enteignung jüdischen Kapitals und Ermordung von 6 Millionen Juden waren das Resultat des faschistischen Ablenkungsmanövers zur Festigung der Monopoldiktatur, zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung, zur Gewinnung und ideologischen Präparierung der kleinbürgerlichen Massen.

Legende vom sozialistischen Israel

Israels Wirtschaftsminister Sapir:

"Ich würde sagen, wir haben ein demokratisches System. Jedermann hat das Recht, hierher zu kommen und sich als Unternehmer zu betätigen." (Wirtschaftswoche, 8.4.1971)

Sapir betont die zunehmende Privatisierung des ohnehin anteilmäßig schwachen staatlichen Sektors sowie die wachsende Abhängigkeit Israels von großkapitalistischen Auslandsinvestitionen (1971: 1,75 Mrd. \$).

Veröffentlichung des israelischen Außenministeriums von 1969:

"Die überwiegende Mehrheit der Betriebe (93%) gehört dem Privatsektor an und beschäftigte im Jahre 1965 76% der Industriearbeiter; 5,5% (der Betriebe, d.V.) mit 15% der Beschäftigten gehörten dem Gewerkschaftsverband (Histadruth) an, und nur 1,2% gehörten zum staatlichen

Sektor." (Tatsachen aus Israel 1969, S. 120)

Trotz der parallelen Tendenz der Ausdehnung der kapitalistischen Struktur auf alle Bereiche der Landwirtschaft, macht sich die zionistische Regierung die genossenschaftliche Organisationsform der KIBBUZIM zunutze, um ihre Politik als "sozialistische" zu bemänteln.

"Der Widerspruch besteht darin, daß der 'Mikrosozialismus' der Kibbuzim sich zum kapitalistischen Unternehmen zurückentwickelt (durch Übergang zur agro-industriellen Produktion, Einstellung von Lohnarbeitern), in denen das Kibbutzmitglied in Personalunion Ausbeuter und Ausgebeuteter ist." (FR, 31.8.1970)

1971 beschäftigten die Kibbuzim in ihren Industriebetrieben über 8000 fremde Lohnarbeiter, die also nicht zur Genossenschaft gehören. (Vgl. Goldberg, a.a.O., S. 49-56)

Die Unterstützung Israels durch die USA

Mit der Staatsgründung 1948 setzten die amerikanischen Hilfeleistungen für Israel ein, doch erst in den sechziger Jahren nahmen sie - parallel zum antiimperialistischen Kurs Ägyptens und der Diskreditierung Großbritanniens und Frankreichs (Suez Krieg 1956) - zusehends offenere Züge an. Anfang der sechziger Jahre, vor allem aber seit der gemeinsamen Kriegsvorbereitung 1967, wuchs die allseitige Unterstützung Israels durch die USA weiter an. Neben der US-Regierung und amerikanischen Monopolen unterstützen als Repräsentanten der mächtigen zionistischen Bewegung in den USA zahlreiche jüdische Finanzkapitalisten die herrschenden Kreise Israels: so Mortimer Schiff, Direktor der Kennecott Copper und Partner der New Yorker Bank "Kuhn Loeb & Co.", mit der wiederum die israelische Nationalbank engstens verflochten ist; Jacob Blaustein, Mitinhaber der Standard Oil of California; Ralph Lazard, Direktor von General Electric und der Chase Manhattan Bank und andere.

Der amerikanische Diplomat und ehemalige Geschäftsträger der USA in Kairo, David Nes, enthüllte 1971 die "phantastischen Ausmaße" der aus nordamerikanischen Kanälen kontinuierlich nach Israel strömenden Regierungs- und Privatgelder:

"Im Zeitraum der 20 Jahre von 1948 bis 1968 belief sich die Wirtschaftshilfe auf 11 Mrd. US-Dollar, während die Dollarüberweisungen aus privater Quelle (zionistische Organisationen in den USA, die steuerlich begünstigt werden, d.V.) 25 Mrd. Dollar betragen; beides zusammen ergibt eine Gesamtsumme in Höhe von 36 Mrd. US-Dollar."¹⁾

"Seit 1968 ist die amerikanische Hilfe für Israel beträchtlich erhöht worden. Im Jahre 1970 wurden 800 Mio. Dollar transferiert; 1971 werden diese Lieferungen eine Höhe von annähernd 1,5 Mrd. Dollar erreichen."²⁾

Während die amerikanische Hilfe pro Einwohner Israels ca. 1 400 Dollar jährlich ausmachte, betrug die US-Entwicklungshilfe für die arabischen Länder pro Bewohner nur 36 Dollar.³⁾ Demnach beläuft sich die amerikanische Pro-Kopf-Hilfe für das entwickelte kapitalistische Israel auf das Vierzigfache dessen, was auf die unterentwickelten arabischen Agrarstaaten entfällt.

Israels Abhängigkeit vom US-Imperialismus resultiert zudem aus verstärkten Kapitalinvestitionen des amerikanischen Finanzkapitals: 30 der 500 größten US-Konzerne teilen sich in rund 75% des in Israel investierten Auslandskapitals, vornehmlich in der chemischen und Rüstungsindustrie. US-Unternehmen (sowie britische und westdeutsche Firmen) beherrschen heute außer dem Handel, den Banken und Versicherungen zunehmend auch die landwirtschaftliche Produktion Israels. Parallel zur israelischen Begünstigung ausländischer Kapitalinvestitionen nach dem Juni-Krieg 1967 und zum gesteigerten Anteil der Rüstungsausgaben am Staatsbudget (1967/68: 29%; 1970/71: 49%) stieg die israelische Auslandsverschuldung rapide an (1969: 2,2 Mrd. US-Dollar; 1971: 3,5 Mrd. US-Dollar; 1972: 4,2 Mrd. US-Dollar). Damit ist die israelische Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 1 330 Dollar die absolut größte der Welt.⁴⁾ Die gigantische Aufrüstungspolitik der herrschenden Kreise

Israels führte logischerweise - neben einer verstärkten Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft - zu einer enorm anwachsenden ökonomischen und politischen Abhängigkeit von den USA. Im Sommer 1970 gab die Regierung Nixon Israel ihre Garantie zur Unterstützung der zionistischen Annexionspolitik⁵⁾, was durch das Anwachsen des gesamten Investitionsanteils der USA in den okkupierten arabischen Gebieten auf 35% im Jahre 1971 unterstrichen wurde - z.B. investierte das US-Unternehmen "King Resources" auf der Sinai-Halbinsel.

Eine Dunkelziffer geblieben ist die amerikanische Militärlieferung an Israel bis Mitte der sechziger Jahre. Geheimlieferungen wurden über europäische Bündnispartner wie die BRD oder über Kanada abgewickelt. Als jedoch 1962 der Verkauf von "Hawk"-Raketen an Israel aufflog, drangen auch militärstrategisch wichtige Geheimvereinbarungen USA-Israel aus den fünfziger Jahren ans Tageslicht:

"Zunächst gab es die Vereinbarung vom 23.7.1952, der zufolge Israel die Klauseln des amerikanischen Gesetzes von 1949 über militärische Lieferungen, die bewaffnete Intervention und die Benutzung des (israelischen, d.V.) Territoriums akzeptierte. Dieser Vertrag wurde 1958 bei der amerikanischen Aggression gegen Libanon und Jordanien angewandt, als Israel als Glied zwischen den NATO-Stützpunkten und dem Operationsgebiet diente."⁶⁾

Eine enorme Intensivierung der US-Militärlieferung setzte 1966 ein, als die US-Regierung 200 Patton-Panzer und sogenannte taktische Flugzeuge vom Typ der leichten - in Vietnam erprobten - Skyhawk-Bomber an Israel lieferte. Von großer Bedeutung für den Erfolg der israelischen Juni-Aggression 1967 ist "die Tatsache, daß die USA Flugzeuge, Raketen und elektronische Systeme von qualitativ höherem Entwicklungsstand und größerer Schlagkraft zur Verfügung gestellt hat, als es bei den an die NATO- und SEATO-Verbündeten gelieferten Waffen der Fall ist."⁷⁾ Nes nennt als Beispiele Griechenland, die Türkei und den Iran. Beispiellos war im Rahmen des Juni-Krieges 1967 auch die Zuarbeit des US-Geheimdienstes CIA für Israels Kriegsplanung:

"Während der Monate vor den Feindseligkeiten vom Juni 1967 war alles, was Washington an militärischen Geheiminformationen von den amerikanischen Botschaften, von dem CIA und von den militärischen Geheimdienststäben im Mittleren Osten anforderte, in weitem Umfang an den Bedürfnissen Israels orientiert ... Die Effektivität der israelischen Luftwaffe vom 5. Juni 1967 hatte ihren Grund zumindest teilweise in den Informationen, die amerikanische Quellen Israel im Hinblick auf die

Lage der ägyptischen Flugplätze und die genaue Stationierung der ägyptischen Militärflugzeuge geliefert hat."⁸⁾

Die von den USA nach dem Junikrieg fieberhaft forcierte Aufrüstung Israels erstreckte sich auch auf die *a t o m a r e* Bewaffnung. Der US-Diplomat Nes weiß über eine Studie Washingtons zu berichten, welche "Israel mit den modernsten technischen und politischen Daten über den effektiven Einsatz nuklearer Waffen im Mittleren Osten (versorgte) ... Die Atomreaktoren in Dimona und Nahal Sorek können, wie bereits seit einigen Jahren bekannt ist, jährlich Plutonium produzieren, das für zehn 25-Kilotonnen-Bomben ausreicht."⁹⁾

Bekannt ist weiter, daß

- die USA 1968 eine unbestimmte Zahl von Skyhawk-Bombern des Typs A-4, modernste Panzer, Boden-Luft-Raketen sowie 56 Düsen-Kampfflugzeuge F-a-Phantom für Israel bereitstellte;
- die US-Regierung 1969 weitere 75 Düsenbomber, davon 25 des Typs Phantom und 50 vom Typ Skyhawk lieferte;
- die amerikanische Militärlieferung an "westlich orientierte Regimes" 1970 insgesamt 1,034 Mrd. US-Dollar ausmachte, wovon auf Israel allein 500 Mio. US-Dollar entfielen; dafür kaufte Israel u.a. 180 Panzer M-60 und M-48, Schützenpanzerwagen, Shrike-Raketen, Bomben und Flugzeugersatzteile;
- der amerikanische Senat 1970/71 zwei Gesetze erließ, mit denen Nixon a) "die zeitlich nicht begrenzte Vollmacht erteilt (wurde), Israel ohne jede Kostenbeschränkung mit Rüstungsmaterial zu beliefern", und b) bevollmächtigt wurde, "ohne Genehmigung des Kongresses US-Truppen nach Israel zu entsenden".¹⁰⁾ In der Tat beteiligten sich bereits seit 1969 US-Militärexperten und Sondereinheiten der berüchtigten "Green Berets" an den israelischen Aggressionsakten gegen arabische Anrainerstaaten¹¹⁾;
- die US-Regierung 1971 und 1972 Israel jeweils 500 Mio. Dollar Kriegskredite für Waffenankäufe in den USA gewährte; außerdem vereinbarten im November 1971 beide Seiten ein Geheimabkommen, dem zufolge israelische Rüstungsfirmen USA-Lizenzen zur Eigenproduktion von Offensivwaffen erhalten.

Bei Golda Meirs Verhandlungen mit der US-Regierung im März 1973 über weitere Waffenlieferungen an Israel standen auf ihrer Wunschliste "u.a. sogenannte "Smart Bombs"-Bomben, die mit Laserstrahlen direkt in ihr

Ziel gesenkt werden. Israelischer Argumentation zufolge würde der Einsatz solcher Bomben gegen arabische Guerillas dabei helfen, unschuldige Opfer zu vermeiden."¹² Wie ernst es der israelischen Regierung ist, unschuldige Opfer zu vermeiden, zeigt der wenige Tage zuvor erfolgte Abschluß einer libyschen Verkehrsmaschine (106 Tote) und die kontinuierliche Bombardierung der arabischen Bevölkerung mit Napalm und Phosphor.

Entgegen ihrer anfänglichen Haltung gegenüber den Annexionsabsichten Israels machte die US-Regierung seit Mitte 1970 durch zahlreiche amtliche Stellungnahmen, Kapitalinvestitionen in den besetzten Gebieten und die schwindelerregende Aufrüstung ihres "treuesten Verbündeten" deutlich, daß sie die israelischen Gebietsansprüche entschieden unterstützt. Nach Nes' Einschätzung zielt die Nixon-Administration darauf, daß man "Israel ein militärisches Übergewicht garantiert, das es ihm ermöglicht, seinen Nachbarn jederzeit einen schnellen Knock-Out zu versetzen!"¹³

Die dargelegten Fakten belegen gleichermaßen, daß die Abhängigkeit der zionistischen Tel Aviver Machthaber von den globalstrategischen Interessen des US-Imperialismus stetig angewachsen ist. Das strapazierte US-Argument von der "maßvollen" Unterstützung Israels zur "Gewährleistung des Gleichgewichts im Nahen Osten" ist noch unglaubwürdiger geworden. Arabische Pressestimmen konstatieren zu Recht:

"Die Beziehungen zwischen den USA und Israel sind Beziehungen zwischen dem Aggressor und seinem Stellvertreter."¹⁴

"Washington ist auf dem besten

Wege, Israel in ein Klein-Amerika des Nahen Ostens zu verwandeln."¹⁵)

Unlängst weilte der amerikanische Chef des CIA, Richard Helms, bei Golda Meir, Eban und Kriegsminister Dayan. Er wiederholte damit einen Besuch vom Juli 1971, als er Israels Rolle inspizierte, die es im "westlichen Verteidigungssystem" noch stärker übernehmen könnte, um - wie könnte es auch anders sein - der "Aufrechterhaltung des Gleichgewichts" im Nahen Osten gerecht zu werden.¹⁶)

In der Tat entwickelt sich Israel immer mehr im Sinne eines willfährigen Instruments der imperialistischen Hauptmacht im Kampf gegen die arabische Einheit und die antiimperialistischen Kräfte des Fortschritts im Nahen Osten.

Anmerkungen:

- 1 David Nes, zit. nach J. Goldberg, Der Nahost-Konflikt, Frankfurt 1972, S. 73
- 2 ebda.
- 3 Vgl. G.C. Gorm, Le Monde, 17.4.1971
- 4 Vgl. W. Hollstein, Kein Friede um Israel, Frankfurt 1972, S. 246
- 5 Vgl. David Nes, a.a.O., S. 75
- 6 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, S. 665
- 7 David Nes, a.a.O., S. 73
- 8 David Nes, a.a.O., S. 74/75
- 9 David Nes, a.a.O., S. 74
- 10 David Nes, a.a.O., S. 74, S. 73
- 11 Vgl. Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin 1970, S. 121
- 12 FR, 2.3.1973
- 13 David Nes, a.a.O., S. 75
- 14 Al Gumkuriya, 13.10.1968
- 15 Al-Difa, 13.10.1968
- 16 Vgl. Le Monde, 3.7.1971

Die Unterstützung Israels durch die BRD

Da sich die BRD seit 1949 zum allein rechtmäßigen Nachfolger des Deutschen Reiches (Alleinvertretungsanspruch) erklärte, übernahm sie auch die Wiedergutmachungszahlungen für die 6 Millionen im Hitlerfaschismus ermordeten Juden. So schloß die Adenauer-Regierung im September 1952 mit Israel ein sogenanntes Wiedergutmachungsabkommen in Höhe von 3,45 Mrd. DM ab. Dieser Betrag wurde dem Staat Israel bis 1965 ausgezahlt (über 2 Mrd. in Waren). Davon gesondert wurden Entschädigungsbeträge für jüdische Opfer des Hitlerfaschismus durch die BRD in Höhe von 5,875 Mrd. Dollar von Steuergeldern gezahlt. Israelische Bürger erhielten davon 700 Mio. Dol-

lar, während ein nicht unbeträchtlicher Teil in die Taschen der zionistischen Regierung und israelischen Bourgeoisie floß; u.a. dienten sie dem Bau von israelischen Rüstungsbetrieben.¹⁾ Interessanterweise wurde diese Vereinbarung westdeutscher Zahlungen an den Staat Israel unmittelbar nach der Machtübernahme durch national-revolutionäre Offiziere in Ägypten getroffen!

Ogleich die BRD-Regierung am 9.11.1952 Ägypten die Garantie aussprach, Israel kein strategisches Material zu liefern, begannen westdeutsche Konzerne nach Ende der fünfziger Jahre mit Waffenlieferungen an Tel Aviv. Von 1957 bis 1960 kam es nach zahlreichen Ver-

handlungen in New York zwischen den Regierungschefs Adenauer - Ben Gurion sowie den Verteidigungsministern Strauß - Peres am 14.3.1960 zu einem Militärabkommen BRD-Is-rael, das strengster Geheimhaltung unterlag und dem zufolge "Westdeutschland an Israel ohne Bezahlung Waffen im Werte von 500 Mio. Dollar lieferte."²⁾

Auch eine zweite Vereinbarung über Waffenlieferungen der BRD an Israel vom Jahre 1962 wurde geheimgehalten. Diese westdeutsche Militärhilfe lief im wohlweislichen Einverständnis mit der US-Regierung, die sich bis Mitte der sechziger Jahre bemühte, den Anschein der Neutralität im Nahostkonflikt zu wahren. Das ökonomisch aufstrebende westdeutsche Großkapital wie seine politischen Geschäftsträger versprachen sich einerseits von der Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel eine internationale Aufwertung und die Absicherung der Hallstein-Doktrin. Andererseits bezweckte die Geheimhaltung ihrer Militärhilfe an Israel, die politisch-ökonomischen Positionen in den arabischen Ländern nicht zu beeinträchtigen. Als jedoch 1964 die von Strauß angekurbelten Lieferungen von Waffen und Kriegsmaterial an Israel mit großem Eklat aufflogen, reagierte Nasser mit der Einladung von Walter Ulbricht zum offiziellen Staatsbesuch am 24.2.1965 in die VAR. Die arabische Liga forderte zudem ihre Mitgliedsstaaten zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur BRD auf. Die Bundesregierung quittierte Nassers "Mißachtung" der Hallstein-Doktrin mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel am 11.8.1965 und setzte - trotz gegenteiliger offizieller Bekundungen - ihre Waffenlieferungen an Tel Aviv fort.

Zum Fundus jener Waffenlieferungen der BRD-Regierung an den Aggressor Israel gehörten³⁾:

- 60 Flugzeuge, davon 24 Hubschrauber, Maschinen vom Typ "D0 27" und "Noratlas";
 - ca. 1000 Fallschirme
 - 6 Schnellboote
 - 2 U-Boote
 - 60 Panzer des Typs M48 A1 und A2 aus der zusätzlichen Vereinbarung von 1964;
 - Haubitzen und Munition;
 - Panzerabwehrraketen und Flakgeschütze.
- Weiter bildete die Bundeswehr israelische Soldaten in Rendsburg und Munsterlager aus.⁴⁾

Am 15.3.1965 enthüllte die New York Times die enge westdeutsch-israelische Zusammenarbeit in der **A t o m w a f f e n p r o - d u k t i o n**: Seit 1965 arbeiteten 50 Wissenschaftler und 400 Rüstungsexperten der

BRD unter finanzieller Beteiligung der VW-Stiftung am Ausbau des Atomzentrums Dimona in der Wüste Negev, d.h. an der militärischen Anwendung der Kernenergie.- Bekanntlich haben die BRD und Israel bis heute das Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen nicht ratifiziert...

Der Hauptverantwortliche des westdeutschen Aufrüstungsprogramms zur Unterstützung der israelischen Aggressionspolitik, F.J. Strauß, unterstrich 1965:

"Die Waffenhilfe für Israel war eine Notwendigkeit, zu der ich mich bekenne, sie war keine Torheit... die Amerikaner haben den letzten Teil des Programms befürwortet und sich selbst daran beteiligt."

"Allen, die heute besonders schlau sind, sei gesagt: Mit Geld wäre den Israelis nicht gedient gewesen."⁵⁾

Noch im März 1967 - der israelische Kriegszug stand im Zenit der Vorbereitungen - untermauerte die BRD-Regierung ihre vorbehaltlose Unterstützung Israels mit der Zusage weiterer Wirtschaftshilfe in Höhe von 2 Mrd. DM (Laufzeit 10 Jahre).⁶⁾

Von der Siegeswoge der israelischen Juni-Aggression 1967 getragen, plauderte der "Bayern-Kurier" die Hintergedanken der westdeutschen Subventionierung Israels aus:

"Nicht das Bestreben, nach Möglichkeit Unrecht an den Juden wieder gutzumachen, hat die Bundesregierung vor Jahren veranlaßt, den Israelis Waffen zu liefern. Es ging vielmehr darum, den Sowjets ihren Trumpf aus der Hand zu schlagen, als Nasser sich mehr und mehr selbst zu ihrem Werkzeug degradierte. Dann mußten auch - um der Kräftebalance willen - die Israelis stärker gemacht werden."⁷⁾

Unter der Regierung Kiesinger/Brandt und der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel fand die umfassende ökonomisch-militärische und politische Unterstützung Israels ihre Fortsetzung.

Im Gefolge der Gründung der "Israelisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer" und der "Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen" im April 1967 wurden die westdeutschen Schenkungen, Kredite und Kapitalinvestitionen forciert:

- am 15.6.1967 überreichte Benda (CDU-Minister) im Auftrag der "Deutsch-Israelischen Gesellschaft eine Schenkung in Höhe von 1 Mio. DM;
- am 20.6.1967 stiftete Axel Springer zwecks Sicherung der okkupierten Gebiete 1,3 Mio. DM für den sogenannten "Aufbaufonds Jerusalem";
- Mannesmann und Thyssen lieferten 900 000 t Stahl zum Bau der Eilat-Erdölleitung in

- den israelischen Okkupationsgebieten;
- Abs' Deutsche Bank avancierte - neben Rockefeller und Rothschild - zu den Hauptkapitaleignern der größten israelischen Nationalbanken "Leumi" und "Israel Discount Bank";
 - die BRD-Regierung beteiligte sich an einem Weltbank-Kredit für Israel mit 200 Mio. DM;
 - von "einer bundesdeutschen Bankgruppe" erhielt die israelische Luftfahrtindustrie eine Anleihe von 20 Mio. DM (Laufzeit 12 Jahre);
 - 1968 wurden über italienische Kanäle von der BRD-Regierung 54 Panzer der Marke Patton 48, im Juli 1969 eine größere Anzahl Flugzeuge des Typs "Noratlas" an Israel geliefert.

Bis 1969 belief sich die Wirtschafts- und Finanzhilfe der BRD für Israel - ohne Berücksichtigung der Waffenschenkungen - insgesamt auf über 6 Mrd. DM!

Diese fortgesetzten Stützungsmaßnahmen Israels wurden von einer wahren Besuchsoffensive westdeutscher Repräsentanten begleitet - von Wehner (SPD), Schröder (CDU), Außenminister Scheel (FDP), dem Generalbevollmächtigten von Thyssen Birrenbach (CDU) u.a. Die Intensivierung der Kontakte auf diplomatischer Ebene stand neben der Befürwortung der israelischen Annexionspolitik auch im Zeichen eines gemeinsamen, koordinierten Vorgehens Israel-BRD in den nichtarabischen afrikanischen Ländern. Israel, das in Schwarzafrika mit fast 20 Staaten Zusammenarbeit auf technisch-militärischer und wirtschaftlicher Ebene pflegt, ist auf die finanzielle Schützenhilfe der USA und der BRD angewiesen. So wußte die FAZ unter der Überschrift "Israel wünscht deutsches Kapital" zu berichten, "daß die Bundesrepublik und Israel gemeinsam Exportmärkte erschließen, zu denen die deutsche Industrie direkten Zugang" hat.⁸⁾ Das westdeutsche Kapital seinerseits versucht die israelischen Entwicklungsprojekte in diesen Ländern als Sprungbrett zur ökonomischen Expansion zu nutzen.

Das vor allem auf Betreiben der BRD-Regierung am 1.10.1970 abgeschlossene Präferenzabkommen zwischen der EWG und Israel ist nicht nur in diesem Zusammenhang - 19 afrikanische Staaten sind mit der EWG assoziiert - von Bedeutung. Gleichermäßen soll damit eine erhöhte ökonomische und moralisch-politische Hilfestellung für die Aggressions- und Annexionsziele Israels geschaffen und diese Unterstützung Israels "etappenweise zu einem Zustand der Assoziierung" weiterentwickelt werden, wie Außenminister Scheel am 9.7.1971

in Jerusalem erklärte.⁹⁾

Im Kontext der Mittelmeerstrategie der USA bzw. des NATO-Paktes ist die BRD-Regierung im Rahmen der EWG-Offensive gleichfalls bemüht, ihre politischen und wirtschaftlichen Positionen in den arabischen Staaten wiederherzustellen bzw. auszudehnen. Diese Positionen versuchen BRD-Regierung und westdeutsche Konzerne auf dem sinkenden Prestige der anderer imperialistischen Großmächte aufzubauen. Sie berühren hierbei insbesondere die Interessen der reaktionären Kräfte im arabischen Raum. Diese sehen sich einerseits mit einer wachsenden Feindschaft der arabischen Volksmassen gegenüber traditionellen imperialistischen "Nahost"-Mächten wie den USA und Großbritannien konfrontiert, andererseits bekämpfen sie eine erweiterte Zusammenarbeit arabischer Staaten mit der Sowjetunion. Allerdings gerät die BRD bei gleichzeitiger vehementer Unterstützung des expansionistischen Israel in spezifische Interessenkonflikte mit diesen arabischen Adressaten und kollidiert zunehmend mit dem antiisraelischen, proarabischen Kurs des französischen Imperialismus.

Die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie aller EWG-Staaten, um "die Verantwortung für die Stabilisierung dieser Region, nicht zuletzt auch durch engere wirtschaftliche Kooperation zu übernehmen"¹⁰⁾, zerstob jedoch vorerst am umstrittenen "Nahost-Papier" der EWG-Länder. Dieses von französischer Seite initiierte, am 14.5.1971 vorgelegte EWG-Dokument enthielt u.a. die Forderung an Israel zum "Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Gebieten, die während des letzten Konflikts besetzt wurden," und betonte die "Unzulässigkeit der Gebietsaneignungen durch Krieg".¹¹⁾

Die daraufhin aus Tel Aviv erfolgten massiven Protesterklärungen veranlaßten Walter Scheel zu einem offiziellen Besuch in Israel vom 7.-10.7.1971. Scheel beugte sich dem israelischen Druck, um die einzige "in die Zukunft weisende konkrete Bitte" Golda Meirs zu erfüllen, alles zu unterlassen, was Israels Gebietsansprüche beeinträchtigen könnte,¹²⁾ und widerrief eiligst die auf der Pariser EWG-Konferenz im Mai 1971 eingenommene zustimmende Haltung zum "Nahost-Papier". Scheels Inspizierung des von Israel okkupierten Alt-Jerusalem stellte zudem eine Manifestation der vollen Unterstützung der israelischen Besatzungspolitik durch die BRD-Regierung dar!

Die Nahostpolitik der Regierung Brandt/Scheel setzt also die neokolonialistischen **11**

Interessen der westdeutschen Finanzkapitalisten am arabischen Erdöl, an der Absicherung von Exportmärkten fort - freilich auf "elastischere" Art als vorherige BRD-Regierungen. So gesehen, ist die stärkere Teilhabe des westdeutschen Imperialismus an der ökonomischen Ausbeutung, am Blockieren des weiteren Voranschreitens des sozialen Fortschritts in den arabischen Ländern als Heraustreten aus dem Windschatten der USA zu werten.



Auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale im Mai 1971 in Helsinki forderten die sozialdemokratischen Vertreter Frankreichs, Schwedens und Finnlands entsprechend der UNO-Resolution von 1967 die sofortige Räumung der okkupierten Gebiete durch Israel. Die dort vertretenen SPD-Führer Wehner und Brandt lehnten jedoch gemeinsam mit Golda Meir eine derartige Erklärung ab. Auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale im Januar 1973 in Paris traten die israelische sozialdemokratische Partei und SPD-Vertreter ebenfalls gemeinsam auf. Diesmal blockierten sie einen Resolutions-Vorschlag Palmes und Mitterrands zur scharfen Verurtei-

Jutta v. Freyberg, Wolfram Brönner :

Presseberichterstattung in der BRD

Die westdeutsche Presseberichterstattung über den Nahostkonflikt hat im allgemeinen spektakuläre Aktionen des israelischen Geheimdienstes oder des Schwarzen September, Mordanschläge und Flugzeugentführungen zum Gegenstand. Die Ursachen des Konfliktes werden nicht nur verschwiegen, sondern auch in einer spezifischen Weise entstellt; die historische Unhaltbarkeit der in der bürgerlichen Presse verbreiteten "Zusammenhänge" läßt auf politische Absicht schließen.

Was sich aus der Analyse der Berichterstattung über den Nahostkrieg 1967 ergab - sie wird als Versuch der Rechtfertigung der israelischen Aggression, der barbarischen Methoden und der überschwenglichen Helden-

lung der eskalierenden US-Bombardements in Vietnam!

Während sich die Bundesregierung zu den ständigen Mordkommandos der Israelis aus-schweigt, behauptet Willy Brandt indessen:

"Während des Nahost-Konflikts ... haben wir eine Politik der Nicht-einmischung befolgt. Sie ist - in Anlehnung an die Empfehlungen der Vereinten Nationen - verbunden mit dem Wunsch nach einer dauerhaften und gerechten Friedenslösung."¹³⁾

Der "Friedensbeitrag" der Brandt-Regierung bestand 1971 in der außerordentlichen Summe von mehr als 250 Mio. DM zum israelischen Rüstungsprogramm, nebst ca. 150 Mio. DM Finanzhilfe. Dies wurde 1972, dies wird 1973 ungeschmälert fortgesetzt ...

Anmerkungen:

- 1 Palästina-Komitee Bonn, in: Dokumentation Ausländerabschiebung, ASTA Marburg, November 1972, S. 51
- 2 Peres, in: "Davar", 20.1.1969
- 3 Vgl. "Spiegel" Nr. 9/1965
- 4 a.a.O.
- 5 Quick, 28.2.1965, zit. nach: Das Konzept der deutschen Rechten, Köln 1971, S. 211
- 6 Vgl. Goldberg, a.a.O., S. 82
- 7 Bayernkurier, 10.6.1967
- 8 FAZ, 20.9.1969
- 9 Vgl. Bulletin der Bundesregierung, Bonn, Nr. 107 vom 13.7.1971, S. 1178
- 10 Scheel, a.a.O., S. 1180
- 11 Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1971, S. 774
- 12 Vgl. SZ, 10.7.1971
- 13 Willy Brandt, Friedenspolitik in Europa, Stuttgart 1971, S. 251

verehrung (z.B. Dajans) charakterisiert¹⁾ - gilt im wesentlichen noch heute.

Anhand konkreter Beispiele sollen im folgenden typische Merkmale und die Funktion der Berichterstattung aufgezeigt werden:

Gleichstellung von Aggressor und Opfer

Am Morgen des 10. April 1973 drangen mit dem CIA kooperierend israelische Mordkommandos, getarnt als arabische Zivilisten und Hippies, in die Hauptstadt des Libanon, Beirut, ein, ermordeten drei Führer der palästinensischen Widerstandsbewegung PLO in ihren Betten, erschossen über 40 arabische Zivilisten und drangen schließlich in palästinensische Flüchtlingslager bei Beirut und Sidon

ein, wo sie ein Blutbad anrichteten und in die Luft sprengten, was immer erreichbar für sie war. Diese von der israelischen Regierung gesteuerte, von dem CIA mitgetragene Mordaktion feierte Ministerpräsidentin Golda Meir als "klassisch" und "wunderbar". Der israelische Generalstabschef Elazar drohte gleichzeitig mit neuen Gewaltakten und mit einem neuen Krieg, bei dem sich der Aggressor Israel keinerlei Beschränkungen auferlegen lasse: "Wir nehmen es uns frei heraus, anzugreifen, wann und wo es uns beliebt."²⁾

Die Regierung Brandt/Scheel brachte zwar der libanesischen Regierung gegenüber ihr "Bedauern" zum Ausdruck, enthielt sich aber einer offiziellen Protesterklärung an die Adresse Golda Meirs. Mit ihrer Aussage, sie habe stets "G e w a l t t a t e n v e r - u r t e i l t, ob in München, Khartum oder Beirut",³⁾ versuchte sie indessen, die Gewaltakte des "Schwarzen September" - extremster Ausdruck des Verzweiflungskampfes der entrechteten Palästinenser - mit den blutigen Aggressionspraktiken der offiziellen Regierungsgewalten in Tel Aviv gleichzustellen.

Mit dem Terrorakt des "Schwarzen September" anlässlich der olympischen Spiele in München bemühten sich sowohl BRD-"Öffentlichkeit" als auch Golda Meir, einen barbarischen Überfall der israelischen Regierungstruppen vom September 1972 auf die souveränen Staaten Syrien und Libanon zu rechtfertigen. Jene "Antwort auf München", die 15 libanesischen Dörfer sowie das Flüchtlingslager Nabatie im Hagel israelischer Raketen, Splitter- und Napalmbomben, unter Kanonensalven israelischer Panzer ausradierte, stieß auf keinen Protest der BRD-Regierung. Im Gegenteil. Ihre "Antwort auf München" war das Verbot der demokratischen Vereinigungen palästinensischer Arbeiter und Studenten in der BRD (GUPA und GUPS)⁴⁾, die Entfesselung einer beispiellosen antiarabischen Hetzkampagne und die brutale Ausweisung hunderter arabischer Bürger aus der BRD.

Die Bundesregierung, die angeblich jede Gewalttat verurteilt, hat mit ihrer Gleichstellung von Aggressor und Opfer die These vom "Vergeltungsschlag" Israels akzeptiert und damit auch das Opfer als Aggressor diffamiert. Diese Täuschung der Bevölkerung der BRD war u.a. nur dadurch möglich, daß die bürgerliche Presse beharrlich die legitime Widerstandsbewegung des palästinensischen Volkes totschwie und die Aktionen des "Schwarzen September" mit dem arabischen Befreiungskampf gleichsetzte.

Identifikation des „Schwarzen September“ mit dem Widerstandskampf des palästinensischen Volkes

Die anhaltenden Terroraktionen des "Schwarzen September" aber, ob in München, Khartum oder Nikosia, werden sowohl von den Machthabern Israels als auch den westdeutschen "Sympathie"-Medien aufgebauscht, hochgespielt und mit den Arabern schlechthin, mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker, der Dachorganisation des palästinensischen Widerstandes - der PLO - gleichgesetzt. Totgeschwiegen wird die Tatsache, daß sich die PLO wie alle anderen fortschrittlichen arabischen Kräfte immer wieder von den Taten des "Schwarzen September" distanzieren, daß diese Splittergruppe nicht der PLO angehört. Im Unterschied dazu sind die israelischen Mordkommandos im Prinzip offizielle Vertreter der Tel Aviver Regierung.

Rassistische Positionen einzelner Palästinenser-Führer waren schon früher als die politischen Positionen der arabischen Völker ausgegeben worden; dagegen wurde verschwiegen, daß solche Äußerungen wie die Shukeiris⁵⁾, die Israelis würden ins Meer getrieben, in krassem Gegensatz zur allgemeinen arabischen Haltung standen, die darauf abzielte, einen Krieg unbedingt zu vermeiden, es sei denn, die Israelis gäben die ersten Schüsse ab.

Solche Positionen und arabische Terroraktionen sind für die bürgerlichen Massenmedien der BRD genügend Anlaß, ihre eindeutige Parteinahme für die Politik Israels deutlich - auch durch offensichtliche Verdrehung der Tatsachen - zu artikulieren: Springers Solidaritätsbekundungen mit Israel scheuten nicht einmal vor der Rechtfertigung des abscheulichen Massenmordes vom 25.2.1973 zurück, den israelische Phantom-Jäger, made in USA, mit dem Abschluß einer libyschen Verkehrsmaschine über dem Sinai verursachten (106 Tote). Das Springer-Blatt "Bild" meinte tags darauf: "Israel s t o p p t Verkehrsflugzeug durch Warnschüsse." Am 27.2. wußte "Bild" genaueres: "Israels Verkehrsminister zu Bild: Der französische Pilot war schuld."

Flugzeugentführungen und terroristische Aktionen des "Schwarzen September" gaben der ungehemmten Hetzkampagne in der BRD so viel Nahrung, daß Ansätze für eine Solidaritätsbewegung mit den arabischen Völkern ver-schwindend gering sind. Geschmäht, diffamiert wurden Solidaritätsaktionen fortschrittlicher Kräfte in der BRD, überhört wurden kritische Stimmen der Weltöffentlichkeit, wie die des

niederländischen Kardinals und Präsidenten der Internationalen Katholischen Friedensbewegung "Pax Christi", Bernard Alfrink:

"So verurteilenswert diese Terrorakte (Flugzeugentführungen und Geiselnahmen, d.V.) sind, so gründlich sollten wir uns fragen, in welchem Maße wir an diesem Zustand der Welt mitschuldig sind, anstatt uns den Problemen, die hinter der Verzweiflung ... der Terroristen stecken, zu verschließen!"⁶⁾

Offene Parteinahme für die Aggressionspolitik Israels

Israels Ministerpräsidentin Golda Meir, die die UNO-Friedensregelung vom November 1967, d.h. die Räumung der okkupierten arabischen Gebiete der Palästinenser ablehnt, erklärte die 2,5 Millionen palästinensischen Araber kurzerhand für nicht existent.

Golda Meir:
"So etwas wie die Palästinenser hat es nie gegeben."⁷⁾

Mosche Dajan:
"Ich glaube, daß der Frieden mit den Arabern als Ziel Israels keine Priorität hat. Wir haben jetzt die militärische Stärke, die uns erlaubt, uns überall niederzulassen."⁸⁾

Die Absichten, die hinter solchen Aussagen stehen, finden Beifall, ja Bewunderung seitens der reaktionärsten Kräfte um Strauß und Springer. Sie erkennen sehr genau, daß sich verfolgte "Juden" von einst heute in Verfolger - in Gestalt der zionistischen herrschenden Klasse Israels - verwandelt haben.



So kommentierte die CSU Hauspostille, die Politik der israelischen Regierung ginge mit ihren kontinuierlichen Aggressionsakten "ein kalkuliertes Risiko ein. Sie weiß, in welchem Überschwang nunmehr die Araber neue Revancherufe anstimmen werden." Aber, so fügt der "Bayernkurier" hinzu, die israelische Regierung "weiß auch, daß es sich vorläufig um reine Rhetorik handelt. Es ist auch nicht ganz ausgeschlossen, daß Jerusalem (Regierung Israels ist gemeint, d.V.) bewußt auf Kollisionskurs geht. Es kalkuliert die verlockende Möglichkeit ein, daß ein arabischer Nachbar durch derlei Kommando-Schläge die Nerven verliert und zu marschieren beginnt. Dies gäbe der Israel-Armee abermals Anlaß, einen Blitz-

krieg zu führen ... Die Araber sollen in Furcht gehalten werden. Und gleichzeitig werden sie von der Regierung in Jerusalem provoziert."⁹⁾

Die 'deutsche Schuldfrage' - der Vorwurf des Antisemitismus als Manipulationsinstrument

Neben der westdeutschen und israelischen Lüge von den aggressiven arabischen Staaten (kleines "existenzbedrohtes" Israel) benutzen jene Presseorgane einerseits die "deutsche Schuldfrage" gegenüber "den Juden", andererseits in der BRD tiefverwurzelte anti-kommunistische Ressentiments zu einer manipulierten Darstellung des Juni-Krieges.

Beispiel 1: "Gasmasken für Israel"

"Die 'stille aber dringende' Bitte (Israels an die BRD-Regierung, d.V.) war das Ersuchen ausgerechnet um Gasmasken für Israel. Warum richtete man gerade eine solche Bitte an die BRD? Mit dieser leisen Bitte sollte auf die deutsche Vergangenheit angespielt werden, mit dem Zweck, eine gefühlsbetonte einseitige Stellungnahme zugunsten Israels auszulösen. Die Regierung Israels wußte sehr genau, daß ein Angriff arabischerseits sehr unwahrscheinlich war und daß die Araber sogar in einem Verteidigungskrieg mit Rücksicht auf die Vergeltungsschlagkraft der Israelis kaum tollkühn genug wären, Gas zu verwenden."¹⁰⁾

Beispiel 2: "Nasser gleich Hitler"

Die in der damaligen Zeit für die öffentliche Meinung der BRD typische Einschätzung Nassers kolportierte die "Welt" als Aussage eines "Deutschen" wie folgt: "Die naive Gläubigkeit (in Ägypten, d.V.) erinnert mich an das Dritte Reich. Auch der neue kampflose Prestigegewinn Nassers ist eine beängstigende Parallele, denn Hitler setzte sich damals in ähnlichem Stil durch."¹¹⁾

Beispiel 3: "Israel - vom Völkermord bedroht"

In diesem Stil mahnte der Aufruf des Bundestagsabgeordneten Arndt (SPD), das israelische Volk "gegen die Bedrohung mit Völkermord" zu unterstützen. Der Arndtsche Aufruf zur Hilfe für das "gewürgte" Israel, für die symbolische 'Gasmasken', dieses absurde Geschrei über den Völkermord der Araber erfüllte den gleichen politischen Zweck wie die unmittelbar vor Kriegsbeginn gegründete "Deutsch-Israelische Gesellschaft".

Beispiel 4: "Kommunistische Gefahr"

Die bürgerliche Presse beschränkte sich nicht darauf, den arabischen Ländern, vor allem Ägypten, Aggressionsgelüste zu unterstellen - nein, die Sowjetunion mußte auch als eigentlicher Drahtzieher erhalten, etwa in Gestalt einer "Welt"-Karikatur, die Israel als den kleinen armen David zeigte, der mit einer Steinschleuder gegen einen wilden arabischen Riesen, inklusive Sowjetunion, stritt...

Beispiel 5: "Antisemitismus"

In diesem Zusammenhang sind insbesondere auch die Angriffe auf die DDR zu nennen, weil sie die Aggressionsabsichten Israels bereits vor dem Juni-Krieg anprangerte. So hieß es bezeichnenderweise in der "Welt": "Beschämend ist, daß ausgerechnet Deutsche den jungen Staat der Juden beschimpfen, ja sogar die beabsichtigte Vertreibung der Israelis gutheißen."¹²⁾

Die selbst in der kapitalistischen Hemisphäre neben den USA einmalige unumschränkte Parteinahme der westdeutschen Presse und Öff-

fentlichkeit für Israel im Nahostkonflikt hat freilich außerordentliche Ursachen: 6 Millionen Juden wurden zu Opfern des barbarischen Mordens Hitlerdeutschlands. Darf dieses historische Verbrechen der deutschen Faschisten heute dazu herhalten, vor den Verbrechen der zionistischen Machthaber Israels - also nicht "der Juden" - gegen die arabischen S e m i t e n die Augen zu verschließen? "Die schreckliche Tat der Vergangenheit hat in der Gegenwart ein schlechtes Gewissen geschaffen, und ... den Antisemitismus von einst in den Philosemitismus von heute (entspricht: Freund der Juden, d.V.) umschlagen lassen. Man glaubt, das Verbrechen von weiland dadurch sühnen zu können, daß man die (israelischen, d.V.) Juden heuer hochlobt und hochleben läßt. Diese Haltung hat sich kollektiv auf den Staat Israel übertragen." 13)

Bei Springer und anderen Reaktionären samt ihrer eingeschüchterten Leserschaft gilt jedermann, der Kritisches gegen Israel vermerkt oder gar den antiimperialistischen Kampf der Araber unterstützt, als antijüdisch, als "Antisemit". Und ist er gar selber Jude, dann ist er "Selbsthasser" oder "jüdischer Selbstverleugner".

Die auf diese Weise manipulierte "Vergangenheitsbewältigung" nutzt die berechtigte Empfindlichkeit vieler Bürger der BRD gegenüber dem Antisemitismus dazu aus, Kritiker der aggressiven Politik Israels zu diffamieren. Dabei wird das gesamte Spektrum von Kritikern der herrschenden Kreise Israels, vom antizionistischen, jüdischen Journalisten Popper über Bertrand Russell bis hin zur DKP, an eine Wand gestellt. Von den antizionistisch-antiimperialistischen Positionen der - jüdischen - KP Israels, der DDR oder der Sowjetunion ganz zu schweigen.

Jedoch wird eine realistische Betrachtungsweise des Nahostkonflikts in den bürgerlichen Massenmedien und offiziellen Organen der BRD bis heute vom "schlechten Gewissen" der unbewältigten Vergangenheit, vom Gespenst "Schuldfrage" und vom Totschweigen aufgehellen. Konkret heißt das: Stützen Kommunisten, Jusos oder Liberaldemokraten die Forderungen der UNO auf Rückzug Israels aus den widerrechtlich okkupierten arabischen Gebieten, auf Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser wie des israelischen Volkes, so kontern offizielle Vertreter Israels mit Gleichsetzungen wie Bekämpfung israelischer bzw. zionistischer Aggressionspolitik = Antisemitismus, Araber = Hitler. "Jeder Jude in Israel, ob Mann, ob Frau oder Kind, gilt als Ziel von Mordanschlägen. Seit den Tagen Hitlers sind Juden nicht

mehr derart das Ziel eines Feldzuges des geplanten Massenmordes gewesen." 14)

Funktion der manipulierten Berichterstattung

Sieht man von der offenen Parteinahme der äußersten Rechten (Strauß/Springer) ab, die sich mit dem aggressiven Charakter der Politik Israels ohne Scheu identifiziert, so läßt sich auch von den dargestellten Verschleierrungs- und Manipulationsmechanismen feststellen, daß sie allesamt die gleiche Funktion erfüllen: Sie sollen über die volle Übereinstimmung mit der Politik der israelischen Regierung gegenüber den arabischen Staaten und die systembedingte Interessenidentität hinwegtäuschen. Und diese Verschleierung scheint so lange notwendig zu sein, wie z.B. die UNO-Resolution in der Weltöffentlichkeit mehrheitlich als gerechte Lösung des Nahostkonfliktes betrachtet wird. Israel dagegen weigert sich, diese UNO-Resolution zu akzeptieren, wie es auch alle anderen UNO-Beschlüsse seit 1948 ablehnt: Es weigert sich, den damals 900 000 - heute 1,8 Mio. vertriebenen palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Entschädigung, Rückkehr und nationale Selbstbestimmung zu gewähren.

Entgegen den UNO-Entschlüssen von 1967 weigert sich die israelische Regierung, die okkupierten arabischen Gebiete (Ägyptens, Syriens, Jordaniens) zu räumen. Stattdessen betreibt sie die völkerrechtswidrige Besiedlung und Enteignung arabischen Besitzes, begleitet von Massenvertreibungen arabischer Bewohner, von Spreng- und Erschießungskommandos, von Unterdrückungsmaßnahmen gegen politische Widerstandskämpfer, arabische und jüdische Friedenskräfte. Untersuchungen von Amnesty International, einer UNO-Kommission, des Roten Kreuzes, englischer Journalisten u.v.a. berichteten außerdem von bestialischen Foltermethoden. Z.B. erklärte die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer im Juni 1971: "Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß die F o l t e r u n g zu einem System der Untersuchungsbeamten geworden ist ... Dayan erklärte: 'Mit Ausnahme, daß die Gefangenen nicht gehängt werden, wird ihnen alles zugefügt'." 15)

Ein Interesse der Bundesregierung und BRD-Massenmedien an der Fälschung der historischen Wahrheit besteht auch so lange, wie es allgemein akzeptierte Normen des Menschen- und Völkerrechts gibt, die den Einsatz von Napalm, Splitterbomben und Giftgas gegen Zivilisten, die Vertreibung der Palästinenser und die Inhaftierung und Folterung demokrati-

scher Bürger als Verbrechen bezeichnen.

Die offene Sympathie, die uneingeschränkte Übereinstimmung mit Verbrechen kann sich eine Bundesregierung offenkundig nicht leisten, die offiziell die UNO-Resolution nicht abgelehnt hat.

Unsere Forderung an die Bundesregierung

Brandts Besuch zum Jahrestag des israelischen Aggressionskrieges 1967 ist deshalb gerade heute, angesichts der eskalierenden Kriegsprovokationen und Kriegsdrohungen Israels, nicht die Fahrt eines "Friedensapostels" ins "geheiligte Land". Sie ist eine außerordentliche Provokation der Weltöffentlichkeit und dokumentiert die Komplizenschaft der Bundesregierung mit Israels Aggressionspolitik. Dies aufzudecken und zu bekämpfen, muß die Aufgabe aller Kräfte des sozialen Fortschritts und Friedens gerade in der BRD werden. Politischen Druck zu entfalten, heißt deshalb: die Rücknahme des Brandt-Besuches zum Jahrestag der Juni-Aggression zu fordern, die Brandt-Regierung zu zwingen, sich von der Aggressions- und Annexionspolitik der israelischen Machthaber in Worten und Taten zu distanzieren, sie zu verurteilen und die UNO-

Resolution mit der Forderung nach sofortiger Räumung der besetzten Gebiete durch Israel aktiv zu unterstützen.

Anmerkungen :

- 1) Vgl. Kenneth M. Lewan, Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse, Köln 1972.
- 2) DVZ, 19.4.1973.
- 3) UZ, 19.4.1973.
- 4) GUPS = Generalunion Palästinensischer Studenten; GUPA = Generalunion Palästinensischer Arbeiter.
- 5) Shukeiri war der frühere Vorsitzende der PLO
- 6) DVZ, 19.4.1973.
- 7) Le Monde Diplomatique, Paris, Juni 1971.
- 8) DVZ, 22.2.1973.
- 9) Bayernkurier, 4.1.1969.
- 10) Lewan, a.a.O., S.66.
- 11) Die Welt, 29.5.1967.
- 12) Die Welt, 27.5.1967.
- 13) Hollstein, Kein Friede um Israel, Frankfurt a.M., 1972, S.25.

Salim Ibrahim

Der palästinensische Widerstand

In der Mehrzahl der bundesrepublikanischen Beiträge und Zeitungsartikel, die sich mit dem Nahost-Konflikt befassen, wird das Palästina-Problem auf einen Streit zwischen den arabischen Staaten und Israel reduziert, einen Streit zwischen souveränen Staaten, die sich bislang über ihre gemeinsame Grenze noch nicht geeinigt haben. Es wird so dargestellt, daß die "bösen" Araber die Existenz des israelischen Staates und dessen "jüdischer" Bevölkerung einfach negieren - einer Bevölkerung, die in den meisten Ländern der Welt genug unter Diskriminierung und Unterdrückung gelitten hatte und der nun endlich die Möglichkeit gegeben wurde, friedlich in einem eigenen Staat leben zu können.

Um die Ursachen des Nahost-Konflikts begreiflich zu machen, soll hier zunächst kurz auf die Vorgeschichte des Staates Israel eingegangen werden.

Historische Wurzeln des Nahost-Konflikts

Die Geschichte dieses Konfliktes hat ihre Wurzeln in der Reaktion des arabisch-palästi-

nensischen Volkes auf die Bestrebungen der damaligen englischen, französischen und russischen Kolonialmächte, das niedergehende osmanische Reich ¹⁾ zu unterwerfen und zu beherrschen. Die eigentliche Absicht dieser Staaten jedoch war, die Rohstoffreichtümer der osmanischen Provinzen auszuplündern, Absatzmärkte zu erschließen und die Handelswege, vor allem den Suez-Kanal, zu sichern. Die Ambitionen dieser Kolonialmächte wurden ab 1907 durch die Entdeckung der Erdölvorkommen in den ostarabischen Ländern besonders verstärkt.

In Analogie dazu begann das jüdische Kleinbürgertum - schon vor der Konstituierung des Zionismus (Baseler Kongreß 1897) - seit Anfang des 19. Jahrhunderts, seine Aktivitäten in Palästina zu entfalten. Es fand in den Kreisen des westeuropäischen Kapitals eine massive Unterstützung, da das Eindringen der Juden in die Reihen der westeuropäischen Bourgeoisie und ihre kulturelle Assimilation durch die Entfaltung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert weitgehend stabilisiert worden war. ²⁾ Schon seit Mitte des 19.

Jahrhunderts wanderten osteuropäische Juden aus religiösen oder sonstigen Gründen nach Palästina aus, ohne daß sie jedoch beabsichtigten, einen jüdischen Staat zu gründen. Erst mit dem Aufkommen des Zionismus als politische Bewegung, die sich das Ziel gesetzt hatte, einen jüdischen Staat zu errichten, nahm die jüdische Einwanderung nach Palästina Kolonialformen an, die zur Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 führte.

Während des 1. Weltkrieges, am Vorabend des Zusammenbruchs des osmanischen Reiches, wurden die ostarabischen Gebiete, darunter Palästina, in britische und französische Einflußzonen aufgeteilt (Sykes-Picot-Abkommen 1916). Mit der Balfour-Deklaration 1917 versprach die britische Regierung den Zionisten, sie bei der Errichtung einer "nationalen Heimstätte" in Palästina zu unterstützen. Damit wurde der Komplott zwischen dem britischen Imperialismus und dem internationalen Zionismus besiegelt. Dies wurde von dem Exponenten des Zionismus, Herzl, im Jahre 1896 vorweggenommen, als er schrieb:

"Für Europa würden wir dort unten ein Stück des Bollwerks gegen Asien bilden; wir wären der vorgerückte Wachposten der Zivilisation gegen die Barbarei". 3)

Als die Friedenskonferenz von 1919 Palästina als britisches Mandatsgebiet vorsah, gab das palästinensische Volk auf dem "Allgemeinen Syrischen Kongreß" im selben Jahr seiner Empörung Ausdruck, indem es seine politische Unabhängigkeit verlangte und dem zionistischen Eindringen den Kampf ansagte:

"Wir widersetzen uns den Ansprüchen der Zionisten, in dem als Palästina bekannten südlichen Teil Syriens einen jüdischen Staat zu schaffen, und wir widersetzen uns der Einwanderung der Zionisten in irgendeinen Teil unseres Landes; denn wir erkennen ihren Anspruch nicht an, sondern betrachten sie als eine ernste Gefahr für unser Volk, vom nationalen, wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus. Unsere jüdischen Landsleute sollen unsere gemeinsamen Rechte genießen und an der gemeinsamen Verantwortung teilhaben." 4)

Jüdische Einwanderung - Vertreibung der Palästinenser

Gegen Ende des ersten Weltkrieges war Palästina ein arabisches Land wie Syrien, Libanon, Irak etc. mit einer kleinen jüdischen Minderheit, die im Jahre 1918 trotz der forcierten jüdischen Einwanderung etwa 8 % der Gesamtbevölkerung ausmachte und nur etwa 2,5 % der Agrarfläche Palästinas besaß. 5) Erst unter britischem Schutz und mit Hilfe des jüdischen Kapitals gelang es den Zionisten in zunehmenden Maße, arabische Ländereien in Palästina zu erwerben und Ansiedlungen für die ständig wachsende Zahl der Einwanderer zu errichten. Diese Ansiedlungen stellten später die Basis für den israelischen Staat

dar. Die antisemitischen Verfolgungen in Europa, vor allem im Dritten Reich, trugen dazu bei, daß viele Juden nach Palästina einwandern mußten, um der Unterdrückung und Ausrottung zu entgehen. Da die Zionisten die erklärte Absicht hatten, einen "rein jüdischen Staat" in Palästina zu errichten, war dies nur durch die Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus Palästina zu realisieren. Dies geschah buchstäblich am Vorabend und während des Krieges von 1948 (vgl. Artikel: "Zionismus, Israel und die Palästinenser") zwischen den arabischen Staaten und Israel. Etwa 1 Million Palästinenser mußten ihre Heimat, ihre Häuser und ihren Grund und Boden verlassen. Seitdem leben sie in den Flüchtlingslagern in den umliegenden arabischen Staaten. In der Entwurzelung und Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat liegt der eigentliche Ursprung des Nahost-Konflikts, was von den Zionisten einfach geleugnet wird. So behauptete die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir:

"So etwas wie Palästinenser hat es nie gegeben ... Es war nicht so, als wäre in Palästina ein palästinensisches Volk vorhanden gewesen, das sich als solches betrachtet hätte, und wir gekommen sind, hätten sie hinausgeworfen und ihnen ihr Land weggenommen. Sie existierten nicht." 6)

Die Entwicklung des Palästina-Konflikts von 1948 bis heute ist offensichtlich mit der israelischen Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes verbunden. Die Israelis weigerten sich z.B., alle Resolutionen der UNO bezüglich des Rechts der Palästinenser auf Rückkehr und Selbstbestimmung zu akzeptieren. Darüberhinaus annektierte Israel 1948 über das ihm von der UNO im Teilungsplan von 1947 zugestandene Territorium hinaus fast 7000 km² und eroberte im Jahre 1967 die ägyptische Sinai-Halbinsel, Westjordanien und die syrischen Golan-Höhen. Israel lehnte erneut die Resolution der UNO vom 22. Nov. 1967 entschieden ab, die die Räumung der besetzten arabischen Gebiete verlangt.

Formierung des palästinensischen Widerstandes

Die Expansions- und Vertreibungskriege Israels von 1948, 1956 und 1967 führten u.a. zur nationalen Exterritorialität und zur sozialen Deklassierung des palästinensischen Volkes, das seither seinen Kampf im Exil weiterführen muß. Aufgrund dieser Tatsache und des Selbstverständnisses des palästinensischen Volkes als Bestandteil der "Arabischen Nation" vertraten die Widerstandsorganisationen die Auffassung, daß der antiimperialistische Kampf zur Befreiung Palästinas die wesentlichste Aufgabe der arabischen "nationa-

len Befreiungsbewegung" sei. Deshalb setzten die Palästinenser ihre Hoffnungen auf die arabischen "Bruderländer" in der Erwartung, gemeinsam mit ihnen den antiimperialistischen bzw. antizionistischen Kampf in Palästina zu führen. Als jedoch die "kleinbürgerlichen Regimes" in Syrien und Ägypten die militärische Niederlage im Junikrieg 1967 erlitten hatten, kamen die Palästinenser zu der Überzeugung, daß sie ihre eigenen Belange selbst in die Hand nehmen mußten. Die Idee vom bewaffneten Befreiungskampf gegen den zionistischen Staat und seine imperialistischen Verbündeten stellte an und für sich kein Novum dar; sie nahm jedoch erst nach dem Krieg von 1967 konkrete Formen an. Die Palästinenser formierten sich in verschiedenen Kampforganisationen, die teils schon vor 1967, wie z. B. Al-Fateh, existierten oder teils danach entstanden. Auf dem ersten Kongreß des palästinensischen Widerstandes vom 17. - 20. 1. 1968 wurden die politischen Ziele und strategischen Vorstellungen in einer "National-Charta" formuliert, die, kurz zusammengefaßt, folgendes beinhaltet:

National-Charta

"Grundprinzipien:

1. Palästina ist ein Bestandteil des arabischen Vaterlandes und das palästinensische Volk ist ein Bestandteil der arabischen Nation und sein Kampf ist der ihre.
2. Das palästinensische Volk ist eine selbständige Personalität, besitzt das Recht auf Selbstbestimmung und auf die absolute Herrschaft über seinen Grund und Boden.
3. Der Kampf des palästinensischen Volkes ist ein Bestandteil des gemeinsamen Kampfes aller Völker der Welt gegen den Zionismus, Kolonialismus und den internationalen Imperialismus.
4. Die Pläne, Abkommen, Beschlüsse, die von der UNO, von irgendeinem Staat oder einer Staatengruppe über die Palästinafrage gefaßt wurden oder werden, die aber das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung ignorieren, sind für ungültig und nichtig zu erklären.
5. Die zionistische Bewegung ist eine rassistische und koloniale Bewegung, die den faschistischen und nazistischen Bewegungen gleichkommt.
6. Israel ist ein koloniales Bollwerk und ein Instrument in den Händen des internationalen Imperialismus.

Ziele:

1. Die vollständige Befreiung Palästinas und die Beseitigung des zionistischen Besatzungsstaates politisch, militärisch, sozial und ideell (ideologisch, d. V.).
2. Die Errichtung eines unabhängigen, demokratischen Staates in Palästina, welcher die legitimen Rechte seiner Urbewohner bewahrt ohne jegliche religiöse oder Glaubensdiskriminierung. Seine Hauptstadt soll Jerusalem sein.
3. Solidarität mit den unterdrückten Völkern in ihrem Kampf zur Befreiung ihrer Heimatländer und zur Ausübung ihrer Selbstbestimmung für die Errichtung des interna-

tionalen Friedens auf gerechten Grundlagen.

Strategie:

1. Der bewaffnete Kampf ist der Weg zur Befreiung Palästinas, dessen Vorhut das palästinensische Volk und dessen Solidaritätsfront die arabische Nation sind.
2. Der bewaffnete Kampf stellt keine Taktik dar, sondern eine Strategie der palästinensischen Revolution, dessen Ende nur die Befreiung Palästinas sein kann.
3. Das Bemühen, alle nationalen Kräfte in einer Nationalfront zu vereinen, ist nur durch den Kampf auf dem Schlachtfeld zu realisieren.

Die Realisierung der faktischen Bindung zwischen der arabischen Nation und dem palästinensischen Volk ist durch die Partizipation der arabischen Massen am Kampf der Palästinenser durch die arabische Solidaritätsfront zu erreichen." 7)

Diese National-Charta enthält offensichtlich neue Aspekte hinsichtlich der Ziele und der Strategie des palästinensischen Widerstandes, die der neuen Situation nach 1967 angepaßt sind. Zwei Aspekte sollen hier hervorgehoben werden, nämlich

- a) die Aufnahme des bewaffneten Kampfes als höchster Ausdruck des palästinensischen Widerstandes gegen die immer aggressiver werdende Okkupations- und Vertreibungs politik Israels,
- b) und das Ziel, einen demokratischen Staat in Palästina zu errichten, wobei die palästinensischen Araber und die israelischen Juden ohne jede Diskriminierung den palästinensischen Staat gemeinsam aufbauen sollen.

Aufschwung und Bedeutung des Widerstandes

Die Strategie des bewaffneten Kampfes löste bei den arabischen und palästinensischen Massen eine gewaltige, "spontane" Begeisterung aus, die besonders verstärkt wurde durch die Schlacht in dem Dorf Al-Karameh in Transjordanien (21. 3. 68) zwischen Al-Fateh-Kämpfern und israelischen Armee-Einheiten, die zugunsten des Widerstandes entschieden wurde.

In den Jahren des Aufschwungs des Widerstandes (1967 - 1970) entstanden neue Kampforganisationen, die unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Strategie des Kampfes propagierten. Das war insofern verständlich, als diese die sozio-politische Integration des palästinensischen Volkes in den verschiedenen arabischen Staaten widerspiegeln.

Abgesehen von diesen Schwächen lassen sich die Auswirkungen des palästinensischen Widerstandes auf den Nahost-Konflikt folgendermaßen zusammenfassen:

- a) Nach 20jähriger Vertreibung erlangten die Palästinenser ihre nationale Identität wieder. Sie begannen mit dem Aufbau eigener Institutionen (Anstalt für die sozi-

alen Angelegenheiten, Anstalt zur Betreuung der Angehörigen der Opfer, der Palästinensische Rote Halbmond, Krankenhäuser, Schulen etc.). Darüberhinaus repräsentieren die Widerstandsorganisationen die wahren Interessen des palästinensischen Volkes gegenüber der Weltöffentlichkeit.

- b) Der palästinensische Widerstand gab den arabischen Massen wieder Anstöße in ihrem antiimperialistischen Kampf, der im Krieg von 1967 vorübergehend eine Niederlage erlitten zu haben schien.
- c) Die Palästina-Frage, die nach 1948 in Vergessenheit geraten war, gewann durch das Wiedererwachen des palästinensischen Widerstandes eine weltweite politische Aktualität.
- d) Trotz der relativen Schwäche der militärischen Aktivitäten des Widerstandes in den Jahren 1968, 1969 und 1970, stellten diese eine gewisse Verunsicherung des israelischen Militärstaates dar, der sich zu äußersten Repressalien gegenüber der arabischen Bevölkerung gezwungen sah. Dies trug dazu bei, den Widerstand der arabischen Bevölkerung gegenüber dem israelischen Staat stärker zu aktivieren.

Niederlage in Jordanien

Die Aktivitäten der Palästinenser konzentrierten sich in den Jahren 1967 - 1970 in Jordanien, da sie zum einen etwa 6 % der Gesamtbevölkerung Jordaniens ausmachten und zum anderen in Jordanien die günstigste militärische Ausgangsposition für den Widerstand darstellte. Die Wahl Jordaniens als Ausgangspunkt des Widerstandes war also geopolitisch wie militärisch bedingt, obwohl dies politisch sehr umstritten war; und zwar weil eine Koexistenz zwischen dem proimperialistischen Marionettenregime Jordaniens und dem palästinensischen Widerstand langfristig nicht möglich war. Dieses Regime wartete auf den passenden Augenblick, die palästinensische Widerstandsbewegung auszuschalten, was ihm in den Jahren 1968 und 1969 aus politischen Gründen nicht gelang. Erst zu Beginn des Jahres 1970 startete das Hussein-Regime in Etappen Liquidierungskampagnen gegen alle Abteilungen des palästinensischen Widerstandes sowie gegen die in den Flüchtlingslagern lebende palästinensische Bevölkerung, was zur Vernichtung großer Teile der Palästinenser in Jordanien führte. Die Gründe für den vorübergehenden Erfolg des Hussein-Regimes bei der Zerschlagung des palästinensischen Widerstandes in Jordanien lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die wesentlichste Ursache der Niederlage des palästinensischen Widerstandes in dieser

Etappe ist auf seine politisch-organisatorischen und ideologischen Strukturverhältnisse zurückzuführen. Dieser Sachverhalt drückte sich vor allem in der erwiesenen Unfähigkeit der Führung der Widerstandsbewegung aus, die Entwicklung der "Palästinensischen Revolution" auf eine höhere organisatorische Stufe zu heben, um sie für die Aufgaben eines "langwierigen Volkskrieges" - entsprechend der Konzeption der meisten Widerstandsorganisationen - vorzubereiten. Wir meinen damit, daß es gegenüber dem rapiden Anwachsen der Widerstandsbewegung zu keiner adäquaten Entwicklung hinsichtlich disziplinierter Organisation, revolutionärer Politisierung und rationaler Leitung der Massen gekommen ist. Die kleinbürgerliche Führung des Widerstandes, deren politische Intention zweifellos national und antiimperialistisch ausgerichtet ist, verstand es nicht, die revolutionäre Spontaneität der Massen in politische Organisation zu überführen; stattdessen konzentrierte sie sich darauf, eine agitatorisch-publizistische und pseudo-militärische Präsenz zu schaffen, welche praktisch zu einer zunehmenden Isolierung von der Massenbasis führte.

2. Die "nationale Einheitsfront", die eine unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Befreiungsbewegung darstellt, konnte von dem palästinensischen Widerstand in dieser Phase (1967 - 1970) nicht hergestellt werden. Obwohl etliche Versuche in diesem Zusammenhang unternommen wurden, gelang es dem Widerstand nicht, seine verschiedenen Abteilungen zu vereinigen. Der Grund dafür lag zum einen darin, daß der Reifungs- und Konsolidierungsprozess des palästinensischen Widerstandes noch nicht abgeschlossen war, und zum anderen in der Liquidierungskampagne des jordanischen Regimes, die diesem Prozeß zuvorkam.

3. Mit der Akzeptierung der UNO-Resolution vom 22. Nov. 1967 durch die ägyptische und jordanische Regierung begannen die "Vierer-Gespräche" (USA, UdSSR, Frankreich und England) mit dem Ziel, eine "friedliche Lösung" des Nahost-Konfliktes zu erreichen. Sie scheiterten jedoch aufgrund der ablehnenden Haltung Israels, die besetzten Gebiete gemäß der UNO-Resolution zu räumen. Am 20. Juni 1970 wurde der amerikanische "Rogers-Plan" ⁸⁾ den betroffenen Staaten vorgelegt. Einen Monat später am 22. Juli akzeptierte die ägyptische Regierung diesen Plan und stellte dementsprechend das Feuer am Suezkanal ein. Von diesem Zeitpunkt an stellten die militärischen Aktionen der Palästinenser eine Belastung für die ägyptische Regierung dar, in ihren Bemühungen, eine separate Lösung des Nahost-Konfliktes auf in-

ternationaler Ebene zu erreichen; denn der palästinensische Widerstand lehnt sowohl die UNO-Resolution als auch den Rogers-Plan ab, weil in beiden Lösungsvorschlägen das Recht der Palästinenser auf Rückkehr und Selbstbestimmung nicht ausdrücklich und eindeutig verankert und garantiert ist. Vielmehr handelt es sich in den beiden Lösungsvorschlägen lediglich um die Regelung des Kriegszustandes zwischen den arabischen Staaten und Israel. Die Haltung des palästinensischen Widerstandes führte zwangsläufig zum Konflikt mit Ägypten, wobei die Aktivitäten des Widerstandes dort drastisch eingeschränkt wurden. In Syrien fand zur Zeit des Liquidierungsfeldzuges gegen die Palästinenser in Jordanien ein interner Kampf innerhalb der Regierungspartei statt, wobei die Haltung der syrischen Regierung bezüglich der Unterstützung des Widerstandes zwiespältig wurde. Dies beweist der unentschlossene Einmarsch syrischer Armee-Einheiten in Jordanien, um die Zerschlagung des Widerstandes zu verhindern, und ihre Rückkehr, bevor sie ihre Aufgabe erfüllen konnten. Diese Uneinigkeit der arabischen Länder erleichterte es dem Hussein-Regime in Jordanien, die September-Massaker an den Palästinensern durchzuführen.

Neue Konsolidierung

Mit der vorläufigen Ausschaltung der Aktivitäten der "Fedajin" in Jordanien (Juli 1971) endete die Etappe des Anwachsens des palästinensischen Widerstandes. Die Widerstandsorganisationen zogen mehr oder weniger Lehren aus den Ereignissen in Jordanien und befinden sich seither in der Etappe der erneuten Konsolidierung, deren Ausgang noch nicht zu sehen ist. Mit der Verabschiedung eines gemeinsamen "Politischen Grundsatzprogramms" im Juni 1972, das von allen Organisationen des Widerstandes akzeptiert wurde, ist die politisch-ideologische Voraussetzung geschaffen worden, die als Grundlage für die Herstellung einer "Nationalen Einheitsfront" angesehen werden kann. Daher wird der Erfolg der palästinensischen Befreiungsbewegung davon abhängen, inwieweit es ihr gelingen wird, zum einen die Frage der inneren Zersplitterung in der politischen Praxis zu lösen und zum anderen ihren Kampf mit dem der arabischen Befreiungsbewegung zu vereinen. Schließlich muß hier betont werden, daß der Sieg des palästinensischen Widerstandes in seinem Kampf gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion letzten Endes davon abhängen wird, inwieweit der antiimperialistische, auf den Sozialismus ausgerichtete Kampf der Kräfte der "national-revolutionä-

ren Demokratie" in den maßgebenden arabischen Ländern vor allem in Syrien und dem Irak konsequent fortgesetzt wird und die gegenwärtige politische Rechtsentwicklung in Ägypten eine wesentliche Änderung erfährt.

Anmerkungen :

- 1) Um 1300 kamen die Turkmenen unter Osman I. am Bosphorus an die Macht. Anfang des 16. Jahrhunderts war das Reich der osmanischen Sultane durch die Eroberung des Balkans, Griechenlands, Ägyptens, Syriens, Mesopotamiens eine Weltmacht geworden. Die Entdeckung des Seeweges nach Indien und der damit verbundene Verlust der Mittlerstellung im Handel, die wachsenden Befreiungsbewegungen in den unterworfenen Gebieten sowie das Eindringen britischen, französischen und deutschen Kapitals ab Mitte des 19. Jahrhunderts bewirkten den Niedergang und schließlich den Zusammenbruch des osmanischen Reiches ("kranker Mann am Bosphorus") Ende des ersten Weltkrieges.
- 2) Vgl. Leon, A., Judenfrage u. Kapitalismus, München 1971, S. 83.
- 3) Herzl, Th., L'Etat juif, Paris 1926, S. 95; zit. n. Palästina-Frage (Kolloquium Arabischer Juristen über Palästina, Algier 22.-27. Juli 1967), Beuel 1969, S. 44.
- 4) Zit. n. Sayegh, F.A., Die Vereinten Nationen und die Palästinafrage, der zionistische Kolonialismus in Palästina, Rastatt 1968, S. 54 f.
- 5) Vgl. Hadawi, S., Bittere Ernte, Palästina 1914-1967, Rastatt 1969, S. 28 f.
- 6) Interview von Frank Giles mit Golda Meir, in: Sunday Times (London), 15.6.1969; zit. n. Hollstein, W., Kein Frieden um Israel, zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts, Frankfurt 1972, S. 20.
- 7) Diese Nationalcharta des 1. Kongresses des palästinensischen Widerstandes ist vom Verfasser aus dem Arabischen auszugsweise übersetzt worden - aus: Khurshid, Gh., A Handbook of the Palestinian Resistance Movement, in: Palestine Books Nr. 32, Hrsg.: Palestine Liberation Organisation, Research Center, Beirut 1971, S. 27-29.
- 8) Der Rogers-Plan beinhaltet einmal die sofortige Feuereinstellung am Suez-Kanal, zum anderen den allmählichen Abzug der israelischen Truppen - im Gegensatz zur UNO-Resolution, die den sofortigen Abzug vorsieht.

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto
 Einzelpreis 1,50 DM, Doppelnummer 3,00 DM.
 Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren pro
 Nummer 33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"
 p.A. Barbara Schilling

355 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,
 PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,
 Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Gespräch mit Yassir Arafat

Der Prozess der Klärung und Konsolidierung innerhalb des palästinensischen Widerstandes, der sich in der Verabschiedung eines gemeinsamen Grundsatzprogramms ausdrückt, schreibt fort. In einem Gespräch der Zeitschrift "horizont" mit Jassir Arafat, das wir im folgenden auszugsweise wiedergeben, wird die gegenwärtige Position der PLO deutlich.

(d.Red.)

Noch 1964 wurde der erste Anlauf zu deren Vereinigung unternommen und die PLO als eine Dachorganisation gebildet. Die einzelnen Gruppen handelten indessen weiter selbständig. Seit Februar 1969 ist Yassir Arafat Vorsitzender des PLO-Exekutivkomitees und in dieser Funktion energisch bemüht, den Formierungsprozeß zu einer einheitlichen Befreiungsbewegung weiter voranzutreiben.

Wie begründet er die bisherige Zersplitterung? Yassir Arafat nennt drei Aspekte: Einmal ist das palästinensische Volk territorial zerstreut und schon dadurch in verschiedene Gruppen aufgeteilt. Zum anderen gibt es weltanschauliche Unterschiede. Und schließlich wirken von außen ständig widersprüchliche Einflüsse ein. Begründet durch ein unterschiedliches Herangehen an die Lösung des Nahostkonflikts, stützen z. B. die verschiedenen arabischen Staaten verschiedene palästinensische Organisationen. Unser Gesprächspartner nennt dann fünf Organisationen, die heute in der PLO zusammengeschlossen sind: al-Fatah, die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (DPFLP), al-Saika und die Arabische Befreiungsfront.

Antimperialistische Front

Den Weg zur Einheit sieht die PLO, wie Yassir Arafat hervorhebt, in der Bildung einer Nationalen Front nach dem Vorbild anderer arabischer Länder. Zwischen allen patriotischen, antimperialistischen Kräften müsse zu diesem Zwecke ein demokratischer Dialog geführt werden, wenn dies auch ein schwieriger Weg sei.

Die Ergebnisse der 11. Tagung des Nationalrates (als eine Art Parlament höchstes Organ der PLO) vom Januar d. J. in Kairo, auf der Yassir Arafat in seiner Funktion bestätigt wurde und alle angeschlossenen Organisationen einem gemeinsamen politischen Programm, bestimmten Arbeitsprinzipien und einem detaillierten Etappenplan zustimmten, widerspiegeln diese Erkenntnis. Die Leitung der PLO soll alle Abteilungen und Kräfte repräsentieren. Das betrifft das Exekutivkomitee (10 Mitglieder), den Zentralrat (21 Mitglieder; er trifft zwischen den Tagungen des Nationalrates die erforderlichen Entscheidungen und kontrolliert die Realisierung der Beschlüsse des Nationalrates) und schließlich den Nationalrat (etwa 170 Mitglieder). „Zunächst sind in der Leitung die fünf Befreiungsgruppen vertreten. Außerdem gehören ihm sogenannte Unabhängige, Kommunisten, die Delegierten des Arbeiter-

gewerkschaftsbundes, der Frauen-, Jugend-, Studenten- und Lehrerverbände sowie verschiedener anderer Berufsorganisationen an“, erläutert Yassir Arafat.

Nachdem sich Arafat gesammelt hat, sagt er auf eine entsprechende Frage mit Nachdruck: „Nicht durch palästinensische Anstrengungen allein können wir unser Ziel erreichen. Nur im Bündnis mit allen progressiven arabischen Kräften und allen unseren Freunden in der Welt können wir siegen.“ Der Zusammenarbeit der internationalen und arabischen Reaktion müsse die „geeinte Front der Fortschrittskräfte“ gegenüberstehen. Im vergangenen Jahr sei man in dieser Hinsicht weitergekommen. Die engere Zusammenarbeit spielte z. B. eine besondere Rolle auf dem palästinensischen Volkskongreß im April 1972 in Kairo. Damals habe man entschieden, im arabischen Raum eine gemeinsame Front der Fortschrittskräfte zu errichten, die den Kampf der PLO aktiv unterstützt: publizistisch, politisch, materiell.

Diese „Arabische Front zur Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung“ wurde Ende November 1972 auf einer Konferenz in Beirut ins Leben gerufen. Vertreter von mehr als 60 verschiedenen arabischen Parteien und Organisationen nahmen daran teil. Neue, größere Möglichkeiten für ein koordiniertes politisches Handeln eröffneten sich. Nicht zuletzt wurden auf dieser Konferenz jene Kräfte isoliert, die antikommunistische Tendenzen in der Widerstandsbewegung verstärken wollten. Im PLO-Exekutivkomitee besteht jetzt eine Abteilung für die Beziehungen zu dieser Front, die nach den Worten Arafats eine enge Zusammenarbeit herbeiführen soll. Er nennt das „eine prinzipielle Frage“ (siehe dazu horizont 19/72, S. 12 und 2/73, S. 12 – die Red.).

Wenn er von Freunden in der Welt spricht, so meint er dabei vor allem die sozialistischen Staaten. Ihre politische und materielle Hilfe, ihre konsequente solidarische Haltung würdigt er immer wieder. Nach Abschluß des Besuches einer PLO-Delegation unter seiner Leitung in Moskau erklärten die PLO-Vertreter, daß „jedwede Versuche imperialistischer und reaktionärer Kreise, die Freundschaft zwischen den nationalen Befreiungskräften in der arabischen Welt und der Sowjetunion sowie den anderen sozialistischen Staaten zu zerstören, mit den Interessen der arabischen Völker unvereinbar sind“.

Von Vietnam lernen

Von selbst kommt er auf Vietnam zu

sprechen. Kein Zweifel, der Sieg dieses tapferen Volkes hat starken Eindruck hinterlassen, hat ihm neue Zuversicht verliehen. Viele Leute seien, so meditiert er, lange im Zweifel gewesen, daß sich die Reisbauern gegenüber den B-52 und Phantom behaupten könnten. Siegeswille, Standhaftigkeit und Geschlossenheit, die große Unterstützung der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie das feste Bündnis mit ihr und die kluge Kampfführung – in all dem müsse man die Ursachen des Sieges sehen.

„Auch wir müssen alle Kampfformen sinnvoll kombinieren“, schlußfolgert er. „Jede Bewegung, die sich nur auf die militärische Seite konzentriert, muß erfolglos bleiben. Man muß zu einer komplexen Auffassung von der Revolution kommen, und dazu ist erzieherische, politische Arbeit notwendig.“

Diese Überzeugung ist für den Prozeß der Konsolidierung und des Zusammenschlusses der PLO auf fortschrittlicher antimperialistischer Grundlage sehr bedeutsam. Nicht zuletzt war eine gewisse Vernachlässigung der politischen Arbeit (Devise „Das Gewehr entscheidet alles“) eine Ursache dafür, daß der PLO 1970/71 in Jordanien von der Reaktion schwere Schläge zugefügt wurden, daß sie wichtige Operationsbasen verlor und in eine schwere Krise geriet.

Heute faßt in der Befreiungsbewegung der Gedanke von der geduldigen politischen Arbeit auf lange Sicht mehr und mehr Fuß. Vor allem in den von Israel besetzten Gebieten, wo über 1 Million Palästinenser wohnen, ist diese dringend notwendig; schließlich arbeitet die Besatzungsmacht nicht nur mit der Peitsche, sondern auch mit dem Zuckerbrot. Sogenannte „Wahlen“ im besetzten Gebiet (siehe horizont Nr. 19/72, S. 18 – die Red.), feste Arbeitsstellen, Wohnungen und andere Lockmittel für die Palästinenser sollen ein Leben unter der Kontrolle Tel Avivs schmackhaft machen.

Yassir Arafat konstatiert, daß die PLO heute ständig im besetzten Gebiet präsent ist, dort sowohl Widerstandsgruppen leitet als auch erzieherische Arbeit leistet. Dafür zeugten beispielsweise die Demonstrationen im Gazastreifen. „Es gibt Kontakte, über die wir natürlich auf Grund der notwendigen Konspiration schweigen müssen. Ich versichere Ihnen jedoch, daß die politischen und anderen Kontakte zu unserem Volk im besetzten Gebiet gut sind und zielstrebig vertieft werden.“

Die palästinensische Widerstandsbewegung ist – diese Gewißheit vermittelte das Treffen mit Yassir Arafat – auf dem Wege, ihre Positionen zu festigen. Die von israelischen und imperialistischen Kreisen gehegte Erwartung, das palästinensische Volk werde sich „mit der Okkupation abfinden“, ist auf Sand gebaut. Der Widerstand gegen die Zerstörung palästinensischen Eigentums, die Konfiszierung ihres Bodens, gegen den Terror und die Vertreibung erlöscht nicht. In der PLO greift die Überzeugung um sich, daß er um so erfolgreicher sein wird, je stärker sich die realistische politische Linie durchsetzt und je enger er mit dem antimperialistischen Kampf der arabischen Völker und der progressiven Kräfte in der ganzen Welt verflochten wird.

Die Rolle Israels in der imperialistischen Strategie und die Lösung des Nahostkonflikts

Am 5. März 1973 verstaatlichte die vormals streng "west"freundliche bürgerliche Regierung des Libanon das britisch-amerikanische Erdölkonsortium Iraq Petroleum Company (IPC). Der Libanon folgte damit der gemeinsamen Enteignungsmaßnahme der nationalrevolutionären Regimes des Irak und Syriens von 1972 ...

Diese erfolgreichen Nationalisierungsmaßnahmen sind ein schwerer Schlag gegen die ökonomisch-strategischen Positionen der Westmächte im Nahen Osten und darüber hinaus für die imperialistische Globalstrategie. Die augenblicklich kulminierenden Angriffe, der eskalierende militärische Druck Israels gerade gegen Syrien und den Libanon unterstreichen diese Einschätzung.

Jene antiimperialistischen Maßnahmen stehen jedoch nicht allein: in einer Reihe arabischer Länder bilden sich breite Volksfrontbewegungen heraus, im Irak und in Syrien unter Regierungsbeteiligung der kommunistischen Parteien. Nationalrevolutionäre Regimes setzten auch in Algerien und der VR Jemen den eingeschlagenen "nichtkapitalistischen" Entwicklungsweg mit sozialistischem Ziel konsequent fort. Von einer neuen Qualität der Vereinheitlichungsbestrebungen der antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten kündigt schließlich die kürzliche Gründung einer "Arabischen Front zur Unterstützung des palästinensischen Widerstandskampfes".

Diese positiven Entwicklungstendenzen stehen im Zusammenhang eines nach 1952 von Ägypten eingeleiteten Prozesses tiefgreifender sozialökonomischer Umgestaltungen, dem sich mehrere fortschrittliche arabische Regimes mit dem Ziel anschlossen, einen nationalen unabhängigen Weg sowohl auf der ökonomischen als auch auf der politischen Ebene schrittweise zu verwirklichen. Konkret bedeutete dies: drastische Gewinneinschränkungen für die ausländischen Monopole, deren Enteignung und Übernahme in staatliches Eigentum; planwirtschaftliche Industrialisierung bei kontinuierlicher Ausweitung des staatlichen Sektors (in Algerien bereits 85 % der nationalen Produktion), parallel dazu die Reduzierung der Privatwirtschaft sowie die Einleitung einer umfassenden Agrarreform u. a. m.. Möglich wurde dies vor allem durch die Errichtung hunderter staatlicher Großprojekte, die mit Hilfe der sozialistischen Länder, in erster Linie der UdSSR, erbaut wurden.

Neben Riesenprojekten wie dem Assuan- und dem Euphratstaudamm entstanden und entstehen in diesen arabischen Ländern - neben zahlreichen Landwirtschaftsvorhaben - über 400 Projekte der Maschinenbau-, Chemie- und insbesondere der erdölverarbeitenden Industrie. Dies schaffte neue Möglichkeiten für eine unabhängige nationale Industrialisierung.

Das national genutzte Erdöl wurde zu einem schlagkräftigen antiimperialistischen Instrument in den Händen der fortschrittlichen arabischen Regimes.

Auch die wiederholten direkten Aggressionsakte der imperialistischen Großmächte (z. B. USA 1958 gegen Libanon, Jordanien, Irak) und der Stellvertreterkrieg Israels 1967 vermochten diese fortschrittlichen Entwicklungen nicht rückgängig zu machen. Im Gegenteil - sie führten nur zum weiteren Anwachsen der antiimperialistischen Massenbewegung, zur Ausweitung nationalrevolutionärer Maßnahmen im Nahen Osten.

Darüber hinaus engte die wachsende militärische Unterstützung der progressiven arabischen Staaten Syrien, Ägypten, Irak sowie der PLO durch die Sowjetunion und das steigende militärische Gegengewicht der sowjetischen Mittelmeerflotte den Spielraum der US- und NATO-Truppenverbände für direkte Interventionen empfindlich ein. Die imperialistischen Mächte sind daher heute gezwungen, sich in noch stärkerem Maß auf reaktionäre Marionetten-Regimes wie Saudi-Arabien und Jordanien zu stützen. Noch mehr forcieren sie die enge Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung und deren 'stellvertretenden', gezielten Einsatz als Aggressionsinstrument gegen die nationale Befreiungsbewegung im Nahen Osten.

Israel - Stellvertreter des Imperialismus

Nach dem kläglichen Scheitern der Dreieraggression Großbritanniens, Frankreichs, Israels 1956 gegen Nassers Nationalisierung des Suezkanals versuchte Israel vergeblich, durch fortgesetzte Gewaltakte die fortschrittliche Weiterentwicklung Ägyptens aufzuhalten. Hinzu kam die für die internationalen Erdölkonzerne bedrohliche Entwicklung in Syrien: die 1966 zur Macht gelangte sozialistische Baath-Partei zwang im März 1967 die Erdölkonzerne IPC und Aramco zu hohen Gewinnabgaben an den syrischen Staat. Noch bevor die Regierung in Tel Aviv die israelische Armee am 5. 6. 1967 in Marsch setzte, benannte sie die Stoßrich-

tung:

Nach Kriegsminister Dayans Erklärungen bot sich in unmittelbarer Kooperation mit den USA "die Gelegenheit ... mit den Arabern abzurechnen", die imperialistischen Ziele mit der Expansion Israels zu verbinden.

"Für Israel eröffnen sich verlockende Aussichten: die Vernichtung der ägyptischen Armee, die Besetzung des Sinai"¹⁾, der Sturz des progressiven Regimes Nasser, schließlich die Zerschlagung des Bündnisses zwischen Ägypten, Syrien und der Sowjetunion. Des weiteren drohte am 13. Mai 1967 Israels Generalstabschef Rabin:

"Solange die hitzigen Revolutionäre in Damaskus nicht gestürzt sind, kann sich keine Regierung im Nahen Osten sicher fühlen." 2)

Israels Frontalangriff vom 5. Juni 1967 gegen Ägypten, Syrien und Jordanien aber war von langer Hand durch enorme Waffenlieferungen der USA, der BRD, sowie durch CIA-Zuarbeit vorbereitet worden. Er stand im Zeichen gleichzeitiger Manöver der 6. US-Flotte im östlichen Mittelmeer und des vorangegangenen faschistischen Militärputsches in NATO-Griechenland.

Jenen Gleichklang des israelischen Aggressionskrieges mit den globalstrategischen Zielen des US-Imperialismus sowie der NATO-Staaten zeigte der israelische General Chaim Herzog auf:

"Über Nacht war die politische Karte des Mittleren Ostens und der ganzen Welt verändert ... Die Russen faßten Fuß im Mittelmeer und im Roten Meer und in Syrien ... Sie flankierten die Stellungen von NATO und SEATO ... Die Ölreichtümer des Persischen Golfes und von Saudi-Arabien waren in Gefahr ... Mit dem Sieg der israelischen Armee war die politische Karte auf einmal geändert. Wenn Israel den Krieg von 1967 nicht eröffnet hätte, wären der gesamte Mittlere Osten, West- und Südasiens und ein großer Teil des amerikanischen Kontinents unter sowjetischen Einfluß geraten. Das Spiel ging nicht nur um Israel, es ging um einen großen Teil der Welt" ... 3)

In der Tat vertrat Israel imperialistische Erdölinteressen und vermochte es, durch die Okkupation arabischen (insbesondere ägyptischen) Territoriums stellvertretend imperialistische Machtpositionen gegen die arabischen Fortschrittskräfte auszuweiten. Nur, trotz der fortgesetzten Aggressionsakte Tel Avivs, trotz einer von den imperialistischen Hauptverbündeten USA und BRD weiter aufgerüsteten Annexionspolitik stürzten weder die nationalrevolutionären Nachbarregimes, noch wurde deren Zusammenarbeit mit der UdSSR gesprengt. 1971 sahen sich die Tel Aviver Kriegsprovokateure gezwungen, ihre anhaltenden Bombenflüge gegen Ägypten einzustellen, seit 1972 bot Syrien militärisch Paroli. Trotz des - ökonomisch schmerzlichen - Verlustes der Sinaihalbinsel,

trotz des nach Nassers Tod schrittweisen Abgehens vom konsequent nationalrevolutionären Kurs (Sadats Vorgehen gegen "Linkssozialisten", Ausweisung sowjetischer Militärberater 1972, teilweise Förderung der kleinen und mittleren Bourgeoisie) festigten sich insgesamt die Positionen der Fortschrittskräfte im arabischen Raum, erlebte die antiimperialistische Massenbewegung - auch in Ägypten - einen weiteren Aufschwung.

Parallel zum Rückschlag im Sudan 1971, zu den nationalistisch-antikommunistischen Extravaganzen der libyschen Regierung (im Sudan wie in Libyen: Sturz der Monarchie 1969), wuchs der Einfluß der antiimperialistischen Kräfte insbesondere in Syrien, dem Irak, Algerien, der VR Jemen und im Libanon, festigte sich deren Bündnis mit der palästinensischen Resistance, den arabischen kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staatengemeinschaft. Syrien und Ägypten einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die zionistisch-imperialistische "Politik der Stärke" und stellten sich nachdrücklich auf die Position der UNO-Friedensregelung von 1967.

Jordanien und Israel gegen PLO

Eine für die reaktionären Kräfte äußerst beunruhigende Folge der 67er Juni-Aggression war der enorme Aufschwung der palästinensischen Widerstandsbewegung, schließlich ihre innere Konsolidierung und Einreihung in die gesamtarabische nationale Befreiungsbewegung.

Die 6. US-Mittelmeerflotte wie die israelische Armee einsatzbereit im Rücken, und unter tatkräftiger Unterstützung des CIA, eröffnete König Hussein 1970 und 1971 den Krieg gegen die jordanischen Stützpunkte der Palästinenser. Diese reaktionäre Verschwörung führte zur Vernichtung eines Großteils der palästinensischen Widerstandstruppen...

Anschließend leitete Hussein geheime Separatverhandlungen mit der israelischen Regierung ein. Zwar gelang es, mit diesen militärischen Operationen vorübergehend Desorientierung in die Reihen der nationalen arabischen Befreiungsbewegung zu tragen, zwar gelang damit eine momentane Stabilisierung des feudal-reaktionären Hussein-Regimes. Doch das Hauptziel jener Verschwörung, die völlige Zerschlagung der PLO, scheiterte. Ihre militärischen und politischen Zentren wurden nach Syrien und dem Libanon verlagert. Seither häuften sich systematische Bombardements und Mordkommandos der israelischen Armee gegen palästinensische Flüchtlingslager in diesen Nachbarstaaten.

Die israelische Zielrichtung trifft sich mit der imperialistischen Strategen: der palästinensische Widerstand soll geschwächt, isoliert und schließlich liquidiert werden. Zugleich versuchte man, die PLO gegen die anderen antiimperialistischen Kräfte auszuspielen (dem leisteten u. a. die 'Verzweiflungstaten' radikalierter Gruppen - wie des "Schwarzen September" - Vorschub), um die arabischen Reihen zu spalten. Arabische Staaten wie Syrien, Ägypten und der Libanon sollen eingeschüchtert und gezwungen werden, die Unterstützung des palästinensischen Widerstands einzustellen. Syrien soll - wie ansatzweise Ägypten - von seinen sozialistischen Bündnispartnern getrennt, seine progressive innere Entwicklung blockiert werden. Die anhaltenden israelischen Kriegsprovokationen sind darauf gerichtet, Demoralisierung und Unzufriedenheit der arabischen Volksmassen gegen die antiimperialistischen Regimes zu nähren, antikommunistische und insbesondere gegen das Bündnis mit der Sowjetunion gerichtete Rechtsströmungen zu schüren, um damit einer Stärkung bzw. Reaktivierung wie letztendlichen Macht ergreifung durch die innere arabische Reaktion (s.Sudan) den Weg zu ebnen.

Auch die unermüdlichen zionistischen Versuche, die arabischen Reihen zu unüberlegtem militärischem Handeln zu verleiten, passen in diese Konzeption des 'Zermübnungs-Krieges'.

Tel Avivs Aggressionspolitik - in Stellvertretung der ökonomisch-strategischen Interessen insbesondere der USA - harmoniert dabei mit dem zionistischen Expansionsziel: Schaffung eines 'Groß-Israel', oder eines noch größeren Israel, das Syrien, den Libanon, Jordanien und Teile Ägyptens umfassen soll." 4) Im Zuge der ansteigenden ökonomischen Abhängigkeit und militärischen Aufrüstung Israels, seiner mit Annexionsstreben und ständiger Bedrohung der nationalen Befreiungsbewegung gekoppelten, abenteuerlichen "Politik der Stärke", reiften die zionistischen Machthaber zu dem Hauptverbündeten der imperialistischen Hauptmacht USA im nahen Osten heran.

Ihrerseits wäre die israelische herrschende Klasse ohne die gigantische Militär- und Finanzhilfe aus den USA, der BRD und seitens der internationalen jüdischen Großbourgeoisie außerstande, diese Politik fortzusetzen.

Gegenwärtig unternehmen die imperialistischen Hauptmächte verstärkte Anstrengungen, um neben Israel die jordanische Feudalreaktion als zuverlässige Stütze aufzubauen. Eine noch engere proimperialistische Einbeziehung Jordaniens - analog zum Iran - würde die Möglichkeit eröffnen, eine Staatenkette Israel, Jor-

danien, Saudiarabien zu bilden und den Iran 'flankierend' einzusetzen. Darauf deuten die in den letzten Monaten abgewickelten Militärhilfe-Programme der US-Regierung, die Lieferung von Phantombomben ("Freedom Fighter") und Pattonpanzern an sämtliche angeführten Feudalstaaten sowie an Israel hin. Dafür sprechen zum zweiten die intensivierten US-Bemühungen für einen Beitritt Jordaniens zum imperialistischen Militärpakt CENTO, dem Großbritannien, die Türkei und der Iran angehören. Drittens deutet die gegenwärtige Ausweitung der EWG-Mittelmeerpolitik auf Jordanien (60 Mio. DM Kredit der BRD 1972) und auf Israel in diese Richtung. Dies unterstreichen viertens die jüngsten Geheimverhandlungen Husseins mit Golda Meir und Nixon, mit dem Ziel, eine politische Lösung des Nahostkonflikts auf der Grundlage der UNO-Resolution von 1967 zu hintertreiben.

"Die israelischen und die arabischen Reaktionen wollen und werden sich zusammentun, um ihre Überlebenschance zu vergrößern. Ihnen zu Hilfe meldeten sich bereits die türkischen Generäle und der persische Schah, die an ihren gemeinsamen Grenzen mit dem Irak und Syrien einen Daueralarmzustand schufen, um den Druck auf diese Staaten weiter zu verstärken." 5)

Hinter diesen Bestrebungen des US-Imperialismus und der NATO-Staaten stehen ihre lebenswichtigen Interessen an der Erdölförderung des Nahen und Mittleren Ostens.

"Wir alle wissen, daß 80% des Erdöls für (West- d.V.) Europa und 90% des Erdöls für Japan aus dem Nahen Osten kommen. Wir wissen, daß der Nahe Osten, diese ganze Region, das Tor nach Afrika, das Tor zum Mittelmeerraum, den Angelpunkt der NATO und auch - über den Suezkanal - das Tor zum Indischen Ozean bildet ... Der Nahe Osten ist ... das Gebiet, von dem aus man einen großen Teil der Weltbevölkerung und der natürlichen Hilfsquellen der Welt kontrollieren kann." 6)

Nixon sprach in seiner Regierungserklärung vom November 1972 davon, daß, anders als in den letzten vier Jahren, das US-Interesse sich auf den Nahen Osten konzentrieren werde. Die Frankfurter Rundschau schrieb dazu:

"Dem Nahen Osten gibt Nixon 'höchste Priorität', denn: 'Der unsichere Waffenstillstand dort kann jederzeit explodieren'." 7)

Es scheint gegenwärtig Nixons und Meirs tiefstes Anliegen zu sein, dem - in Gemeinschaftsarbeit mit der arabischen Feudalreaktion - gehörig nachzuhelfen. Denn:

- der Anteil der arabischen Länder am Welterdöllexport (sozialistische Staaten und USA ausgeklammert) stieg von 53% 1967 auf 60% 1972,
- die Erdölförderung der Welt stieg im gleichen Zeitraum um 45%, im Nahen Osten jedoch um 80%,
- die jährliche Steigerungsrate in der Welt liegt bei 5,5%, im Nahen Osten jedoch bei 10% im Jahre 1972,

- im Nahen Osten lagern die größten Erdölvorkommen,
- pro Jahr ziehen die imperialistischen Ölmonopole rund 2 Mrd. Dollar Reingewinn aus dieser Region,
- die imperialistischen Militärstützpunkte, Zerstörer und Luftflotten, die lokalen Streitkräfte der NATO, CENTO und SEATO werden durch die Erdöllieferungen des Nahen Ostens versorgt.

Das forcierte Vorgehen nationalrevolutionärer arabischer Regimes gegen diese ökonomisch-strategischen Basen des Imperialismus rührt an den Lebensnerv des imperialistischen Systems, da in zunehmenden Maße die Energiebasis der hochentwickelten Wirtschaft in den kapitalistischen Hauptländern gefährdet ist. Latent ist die Möglichkeit des Zudrehens der Erdöhlähne vorhanden; der Herrschaftsbereich der imperialistischen Ölmonopole ist rückläufig.

Schwächen die jüngsten Verstaatlichungsmaßnahmen Syriens, des Iraks, des Libanon und Algeriens (1971) die imperialistischen Nahostpositionen bedeutend, so gilt dies ebenfalls für Libyens Aufkündigung britischer und amerikanischer Militärstützpunkte (1969), für die libyschen Teilverstaatlichungen (1971) sowie für das seit 1971 geschlossene Auftreten der arabischen Erdölländer über ihr Organ, die OPEC. 8)

Die Tatsache, daß die imperialistische Weltreaktion heute nicht mehr - wie in den 50er Jahren - mit direkten Aggressionsakten reagieren kann, ist eindeutiger Beweis für das entscheidend veränderte politische Kräfteverhältnis im Nahen Osten.

Mit einer flexibleren, indirekten Politik (Strategie des 'Brückenschlages') versuchen die USA den andauernden Spannungszustand im arabischen Raum aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls zuzuspitzen.

Gemeinsam waren und sind der USA und Israel die fortgesetzten völkerrechtswidrigen Verletzungen der UNO-Charta, die ständige Sabotage gegen die UNO-Friedensregelung von 1967 und die Orientierung auf die Entfesselung eines neuen Kriegsabenteuers. Ein neuerlicher Krieg aber nützte weder den israelischen noch den arabischen Volksmassen, sondern allein den herrschenden Kreisen und Rüstungsgewinnlern in den USA und Israel, wäre nützlich für die Ziele der arabischen Feudalaristokratie und der imperialistischen Staaten.

Die weltweite Isolierung Israels und der USA ist - selbst in den vormals 'sicheren'

Gebieten Afrikas und auch z. T. Westeuropas - heute größer denn je.

Im Schwinden begriffen ist selbst im eigenen Land die soziale Basis für die israelische Kriegspolitik. Die vormalige Kriegsbegeisterung des israelischen Volkes wird zusehends abgelöst von einer durch die KP Israels mitgetragenen antizionistischen Friedensbewegung, die die Räumung der okkupierten Gebiete und die Wiederherstellung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser fordert. Ein erneuter Kriegsausbruch aber würde den militärisch überlegenen zionistischen Machthabern die Chance bieten, die aufbrechenden innerisraelischen Klassenkonflikte zu ersticken, den antiimperialistischen arabischen Kräften eine vernichtende Niederlage beizubringen sowie der imperialistischen und innerarabischen Reaktion zur Rückgewinnung längst verlorener Positionen zu verhelfen.

Dies gilt umsomehr, als die arabischen Nachbarstaaten Israels gegenwärtig zu einem offensiven Vorgehen aufgrund ihrer ungenügenden militärpolitischen Einheit nicht in der Lage sind.

Die politische Lösung des Nahostkonflikts auf der Grundlage der UNO-Friedensregelung von 1967 jedoch trifft den Nerv der zionistisch-imperialistischen Interessen und Ziele. Sie bedeutet Einengung, Schwächung und Zurückdrängung der reaktionären "Politik der Stärke" Israels. Andererseits schafft die UNO-Friedensregelung eine echte Grundlage für eine gerechte politische Lösung des Nahostkonflikts; sie allein ermöglicht den Zusammenschluß aller Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts.

Der anwachsende weltweite politische Druck zur Realisierung der UNO-Friedensvorlage und die zunehmende internationale Isolierung Israels eröffnen indessen neue Möglichkeiten zur Durchsetzung jener UNO-Resolution.

Diese Regelung beinhaltet zugleich die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die volle Wiederherstellung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes. Sie setzt zudem die Anerkennung der Existenzberechtigung des israelischen Volkes und des Territoriums des Staates Israel in den Grenzen von 1967 voraus. Aufgrund der heutigen Gegebenheiten kann die Existenz einer israelischen Nation, eines Territorialstaates Israel nicht geleugnet werden. Ihre Anerkennung dessen fällt zusammen mit der rigorosen Ablehnung der gegenwärtigen Annexi-

onspolitik und des zionistischen Zieles "Groß-Israel".

Ohne eine einschneidende Zügelung und Eindämmung der zionistischen Aggressions- und Expansionskräfte ist eine dauerhafte Lösung, eine wirkliche Friedenssicherung im Nahen Osten ebenso unmöglich wie ohne die Gewährung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes. Die Verwirklichung der UNO-Friedensregelung aber wäre ein entscheidender Schritt vorwärts auf diesem nur langfristig freizukämpfendem Wege.

Die UNO-Friedensplattform entspricht von daher der Formulierung eines realistischen Nahzieles auf breitester Bündnisebene.

Auch steht die UNO-Friedensregelung der langfristig denkbaren Errichtung eines "demokratischen Staates Palästina" nicht im Wege. Doch erfordert dies weitere grundlegende historische Veränderungen des politischen Kräfteverhältnisses in und um Israel.

Mit anderen Worten: Die Erreichung dieses weitgesteckten Zieles setzt den augenblicklich utopisch anmutenden engsten Zusammenschluß - sowohl in Israel als auch in den unmittelbaren arabischen Nachbarstaaten - starker, nationalrevolutionärer, antiimperialistischer Volksbewegungen voraus. Auf der Grundlage einer künftigen revolutionären Regierung der Volkseinheit - gerichtet gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion - wäre die Gründung eines arabisch-jüdischen Staates

Palästina möglich.

Der Charakter der UNO-Resolution als Kompromißlösung und erster Schritt - auf der Grundlage des breitesten Bündnisses - steht der perspektivischen, vollen Wiederherstellung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser (entsprechend der nach wie vor gültigen UNO-Resolution von 1948) nicht im Wege.

Für die Fortschrittskräfte im Nahen Osten und für die weltweite Solidaritätsbewegung stellt sich heute die Aufgabe, mit der Durchsetzung der UNO-Entschliebung von 1967 die Grundlage für eine wirklich dauerhafte Lösung des Nahost-Konfliktes zu schaffen.

Anmerkungen:

- 1) A. Nutting, Die Suezverschwörung 1956, Wien 1967, S. 247
- 2) J. Goldberg, Der Nahostkonflikt, Frankfurt 1972, S. 71
- 3) Informations-Bulletin der KP Israel, 3/4 1969, S. 14
- 4) Hollstein, Kein Frieden um Israel, Frankfurt 1972, S. 14
- 5) DVZ, 22. 2. 1973
- 6) Goldberg, a. a. O., S. 13/14
- 7) FR, 24. 11. 1972
- 8) OPEC = Organisation of Petroleum Exporting Countries = Organisation der Öl exportierenden Länder; 90 % des gesamten exportierten Rohöls stammen aus den OPEC-Ländern.

MOCAMBIQUE

Im folgenden bringen wir ein Interview mit Domingos Malicopo über den Charakter des Schulsystems, das die FRELIMO in den befreiten Gebieten errichtet. Malicopo ist in der Provinz Tete verantwortlich für Erziehung.

Schulen in den befreiten Gebieten

Wie ist das Schulsystem der FRELIMO aufgebaut ?

Unsere Grundschulen in den befreiten Gebieten umfassen 3 Jahre des vierjährigen Grundschulkurses. Für das vierte Jahr müssen die Schüler noch immer in das Erziehungszentrum der FRELIMO nach Tunduru in Süd-Tansania gehen. Aber es ist unser Ziel, in den nächsten Jahren alle Grundschulklassen im eigenen Land zu unterrichten. Ebenso befindet sich die Hauptschule der FRELIMO noch in Tansania, wird aber vielleicht auch in das eigene Land verlegt.

Im Fingoe-Distrikt verfügen wir jetzt über zwei Grundschulen, die die ersten Klassen unterrichten, und eine Versuchs-Internatsschule,

deren Einzugsbereich die ganze Provinz Tete ist. Im Augenblick kommen Kinder aus anderen Grundschulen der Provinz dort zusammen, um die zweiten und dritten Klassen zu absolvieren. Dort werden auch Lehrerkurse abgehalten für diejenigen, die lesen und schreiben können und das zweite, dritte oder vierte Grundschuljahr abgeschlossen haben. Der Kursus dauert sechs Monate und ein paar Monate Lehrpraxis in der Versuchsschule.

Wenn man die Naturwissenschaften nicht erlernt, kann man unser Land nicht entwickeln, folglich müssen die Schüler früh damit anfangen.

Wie handhaben Sie die Schülersauswahl und die Benotung?

Wir haben kein starres System der Schülerauswahl. Jeder kann vom sechsten Lebensjahr an die Schule besuchen. Wenn eine Familie beispielsweise drei Kinder hat, so wird sie vielleicht zwei davon in die Schule schicken und das dritte als Hilfe zu Hause behalten. Das bedeutet auch, daß die Kinder während des ganzen Jahres eingeschult werden, der Lehrstoff aber für sie nicht wiederholt wird. Er geht weiter wie zuvor.

Jede Schule in der Provinz testet ihre Schüler monatlich; die Resultate werden an das Provinz-Hauptquartier gesandt. Dieses beliefert dann alle Schulen mit allgemeinen Anweisungen.

Bereits 20 Schüler unserer Schule haben das erste Jahr absolviert und gehen nun in das zweite Schuljahr der Versuchsschule.

Haben Sie Erwachsenenbildungskurse?

Als Ergebnis eines Kulturseminars der FRELIMO Anfang dieses Jahres wurde ein besonderes Treffen in der Versuchsschule einberufen, um alle Lehrer in der Erwachsenenbildung zu unterrichten. Ich habe angefangen, ein solches Programm zu organisieren, aber mein Hauptproblem ist die Materialknappheit, vor allem von Bleistiften.

Ich muß ein Zirkulationssystem für Bleistifte einrichten - für die Kinder morgens und für die Erwachsenen nachmittags.

Während der Schulferien treffen sich alle Lehrer aus der Provinz Tete in der Versuchsschule, um Meinungen zu diskutieren und auszutauschen, und sie werden in neue Lehrmethoden eingewiesen. Dieser Kurs wird von dem für Erziehung verantwortlichen Kämpfer der Provinz Tete organisiert.

Über welche Art von Lehrmaterial verfügen Sie?

Die Haupttexte, die in den Schulen verwendet werden, sind das Mathematikbuch der FRELIMO; die zweiten und dritten Klassen verwenden ein Geographie- und ein Geschichtsbuch, die von der FRELIMO hergestellt wurden. Wir benutzen weiterhin ein Hygienebuch für vorbeugende Medizin vom italienischen Hospital in Regio Emilia. In unserer Schule haben wir eine Tafel und 70 Bleistifte für 100 Schüler.

Alle unsere Lehrer verwenden ein von der FRELIMO ausgearbeitetes Programm, das sie befolgen müssen. Dies und Richtlinien für Lehrmethoden werden in Lehrerbriefen bereitgestellt, die unter allen Lehrern in den be-

freiten Gebieten zirkulieren.

Im ersten Schuljahr lernen die Schüler Portugiesisch, Lesen und Schreiben, Rechnen, Naturwissenschaften, Politik und Zeichnen. Im Prinzip sollen alle Stunden in Portugiesisch abgehalten werden, weil das unsere Verkehrssprache ist; aber in der Praxis - wenn eine Lektion recht schwer ist - unterrichten wir in der Landessprache, die in diesem Gebiet die Sprache der Nyanja ist. Im naturwissenschaftlichen Unterricht erfahren die Schüler etwas über Farben, Mengen, Wärme und Tiere und was diese Dinge bewirken.

Wann immer sich Schulen in der Nähe von Kampfbasen befinden, haben die Lehrer die besondere Verpflichtung, die Kämpfer der Basen zu unterrichten.

Wie unterscheidet sich das Schulsystem der FRELIMO vom portugiesischen Schulsystem?

Im portugiesischen Schulsystem werden ein Jahr lang nur die Buchstaben des Alphabets und die Zahlen gelehrt. Sie lehren, indem sie auswendig lernen lassen. Die Schulen der FRELIMO beginnen mit zwei Silben; und dort wird nicht eingepaukt. Die Schüler lernen durch Verstehen und durch praktische Anschauung. Zum Beispiel: ein Lehrer sagt einem Schüler, er solle zwei Übungsbücher einsammeln, und fragt ihn dann, wieviele Bücher er gebracht habe und wie oft er gegangen ist: so lernt er, daß $2 \times 1 = 2$ ist.

In den portugiesischen Schulen werden die Schüler nur in portugiesischer Geschichte und Geographie unterrichtet - nichts über Moçambique. Die FRELIMO lehrt unsere Geschichte und auch das, was heute in Moçambique geschieht - der Krieg, warum wir kämpfen, wer unser Feind ist, wer unsere Freunde sind.

Die Portugiesen bringen den Kindern nur das Lesen und Schreiben bei und lehren sie, ihr Vaterland zu verachten. FRELIMO-Kinder geben weiter, was sie gelernt haben, sie werden unterrichtet, um für das Volk zu arbeiten. Sie werden mit einem neuen Bewußtsein aufwachsen, in einer neuen Gesellschaft ohne koloniale Rückstände. Sie werden gelehrt, die Richtlinien der Partei zu studieren, sie zu verteidigen und wachsam zu sein. Sie müssen verstehen lernen, daß sie dadurch, daß sie zur Schule gehen, den Interessen der ganzen Nation dienen, nicht ihren eigenen als Individuen.

(Quelle: Anti Apartheid News, März 1973)

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt: H.-D. Beitz, B. Braun, G. Bröner, W. Bröner, E. Dillge, A. Hebel, B. Hebel-Kunze, W. Herrmann, K. Kiehne, W. v. Mutius, J. Ostrowsky, H. Peters, A. Schmiedel

10000 Schulhefte und Bleistifte für die Kinder in den portugiesischen Kolonien

Wir rufen auf, sich an dieser Aktion zugunsten der Aufbauarbeit der Befreiungsbewegungen in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique zu beteiligen und sie aktiv zu unterstützen. Alle fortschrittlichen Menschen, Lehrlinge, Schüler und Studenten, Lehrer und Gewerkschafter haben die Möglichkeit, an dieser Aktion klarzumachen, daß Solidarität mit den kämpfenden Völkern der portugiesischen Kolonien notwendig ist und daß die Befreiungsbewegungen unsere Hilfe brauchen.

Geldspenden werden unter dem Stichwort "10000 Schulhefte" auf das P.SchK Köln 171 387, Sonderkonto Wilhelm Breuer, Köln, erbeten.

Sachspenden werden von der Redaktion des "Antimperialistischen Informationsbulletins" gesammelt unter der Anschrift:

Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46



RHODESIEN

ZAPU: Konfrontation in Zimbabwe

Der Zambesifluß ist lange Zeit eine der unsichersten Grenzen gewesen, die die Linie zwischen Freiheit und Unterdrückung kennzeichnen - ähnlich wie die Grenze zwischen Israel und den arabischen Staaten nach der Annexion arabischen Landes nach dem Junikrieg 1967.

Führende Weltpolitiker haben oft davor gewarnt, daß Südafrika ein zweites Vietnam werden kann, wenn nicht die Britische Regierung und das rassistische Minderheitsregime den gerechten Forderungen der afrikanischen Völker Südafrikas nachkommen.

Die jüngsten Ereignisse zeigen, daß die Zeit der Warnungen vorbei ist - die Situation treibt auf den Punkt zu, wo die repressiven rassistischen Minderheitsregime fühlen, daß ihre Macht und Privilegien vom revolutionären Willen der einheimischen Völker bedroht werden, und wo sie aggressiv werden und die freien Länder, die Frieden und Freiheit lieben und die Befreiung ihrer Brüder unterstützen, an ihren Grenzen angreifen.

Die jüngsten wirtschaftlichen und militärischen Angriffe Rhodesiens auf Zambia kommen der Annexion des ganzen Zambesiflusses - der ein internationaler Schifffahrtsweg ist - gleich, da rhodesische Truppen direkt nach Schließung der Grenze Minen auf der zambischen Seite des Flusses legten.

Die Motive für die Einschüchterung und Erpressung sind offensichtlich:

- a) eine Situation zu schaffen, die ihnen einen Vorwand für die offene Aggression gegen das friedliche und freiheitsliebende Zambia liefert;
- b) die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von Smiths Vorbereitungen für ein blutiges Massaker zur Zerschlagung der Revolution in Zimbabwe abzulenken, indem man die Aufmerksamkeit auf Zambia lenkt und Zambia die Schuld in die Schuhe schiebt.

Dr. Kenneth Kaunda, Präsident der Republik Zambia, hat die Westmächte, insbesondere die britische Regierung, bei vielen Gelegenheiten vor den Schwierigkeiten gewarnt, die nicht nur den Völkern Südafrikas, sondern auch Zambia drohen - wenn nicht das rassistische Minderheitsregime in Rhodesien gezwungen wird, die Herrschaft der Mehrheit des Volkes anzuerkennen. Er warnte, daß wirtschaftliche Sanktionen keinen Erfolg haben würden und nur den Tag der Abrechnung hinausschieben und die Situation weiter verschärfen würden. Dr. Kaunda bot sein Land als Ausgangsbasis an, von der die Briten die Geißel des rassistischen Minderheitsregimes vernichten und das rhodesische Problem mit einem schnellen Handstreich, mit minimalem Blutvergießen lösen könnten. Aber die britische Regierung weigerte sich, die Verantwortung auf sich zu nehmen. Die Mehrzahl der Westmächte hieß die Weigerung der Briten gut. Nun tritt der Befreiungskrieg in Zimbabwe in ein neues Sta-

dium ein, und das unschuldige Zambia muß für den politischen Bankrott mehrerer britischer Regierungen zahlen.

Smith's Kampagne gegen das Volk von Zimbabwe

Seit das Volk von Zimbabwe die britischen Versuche, Smiths "Revolution" durch die Friedenskommission legitimieren zu lassen, zurückgewiesen hat, revanchiert sich Smith dadurch, daß er seine Terrorkampagne gegen das Volk von Zimbabwe intensiviert. Bei dem Versuch, den revolutionären Widerstandswillen des Volkes gegen die rassistische Minderheits-herrschaft zu schwächen, ließ er Verhaftungen, Arretierungen, Verbannungen, Folterungen und Morde in einem noch nie dagewesenen Maße durchführen; gleichzeitig versuchte Smith, das Volk Zimbabwes zur Unterwerfung zu zwingen, indem er in kürzester Zeit eine beispiellose Zahl von Apartheidgesetzen in seinem sogenannten Parlament bis Ende 1972 durchpeitschte:

- 1) Änderungsgesetz zur Registration und Identifikation von Afrikanern 1972;
- 2) Änderungsgesetz für Angelegenheiten der Afrikaner 1972;
- 3) Änderungsgesetz bezüglich der Landstreicherei 1972;
- 4) Das Gesetz über die "African Councils" 1972;
- 5) Das Gesetz über die regionalen Behörden 1972.

Unter dem Registrations- und Identifikationsgesetz für Afrikaner werden alle Fälle, die Afrikaner angehen, durch "District Commissioners" behandelt, statt durch Behörden, wo Beweise vorgebracht werden müssen. Das Identifikationspapier, "Registrations-zertifikat" genannt, ist nicht so sehr ein Mittel der Identifikation zum Nutzen des Inhabers, als vielmehr ein Mittel der Katalogisierung, Verfolgung und Vollstreckung von **Steuereintreibung** gegenüber Afrikanern. Paragraph 13 des Gesetzes lautet:

"Niemand darf einen Afrikaner beschäftigen oder in seinen Dienst nehmen, der kein gültiges Zertifikatbuch oder eine gültige Identifikationskarte besitzt, die auf den Namen dieses Afrikaners ausgestellt ist."

Nach einer böartigen Verfügung in Paragraph 16 des Gesetzes

"darf kein Afrikaner, männlich, weiblich oder Kind, Rhodesien verlassen, wenn er nicht im Besitze einer Erlaubnis ist..., die vom Provincial Commissioner verweigert werden kann, ohne daß dem durch Einlegung von Rechtsmitteln widersprochen werden kann, da seine Entscheidung endgültig ist."

Was bisher reserviertes Land für afrikani-

sche **Besiedlung** war, wird jetzt "treuhänderisches Stammesland" genannt. Unter dem sogenannten Änderungsgesetz für Angelegenheiten der Afrikaner von 1972 sind nun alle Zusammenkünfte in diesen Gebieten gesetzlich verboten, wenn sie nicht durch Beamte des Regimes oder von religiösen Organisationen einberufen werden. Paragraph 46 des Unterabschnittes 1) des Gesetzes lautet:

"Niemand darf ein Treffen, eine Zusammenkunft oder Versammlung, bei der mehr als zwölf Afrikaner anwesend sind, zu irgendeiner Zeit im afrikanischen Gebiet oder in einem Stammesgebiet, das außerhalb des afrikanischen Gebietes liegt, abhalten, ihr vorsitzen oder zu ihr sprechen, wenn er nicht die schriftliche Erlaubnis des District Commissioners hat."

Der "District Commissioner" vergibt niemals die Erlaubnis an eine politische Organisation, die gegen das Regime opponiert und von Afrikanern geführt wird.

Die widerwärtigsten Bestimmungen allerdings wurden in das Landstreichereigesetz eingefügt, durch das ein "District Commissioner" ermächtigt ist, in das Registrations-zertifikat eines Afrikaners den Besuch bestimmter Gebiete zu verbieten und einzutragen, daß er ohne festen Wohnsitz ist. Diese Eintragung kann durch den "District Commissioner" oder durch ein Gericht vorgenommen werden. Kurz gesagt: Ein Afrikaner kann nun nach Belieben des "District Commissioners" gezwungen werden, ein im Registrationszertifikat eingetragenes Brandmal mit sich zu tragen.

Das Obenstehende gibt nur einige Beispiele der böartigen Unterdrückungsgesetze, die dem afrikanischen Volk gegen Ende 1972 auferlegt wurden. Diese Gesetze der Unterdrückung sollen die Bevölkerung von Zimbabwe davon überzeugen, daß ihr Leben noch viel elender sein wird, wenn sie nicht die englisch-rhodesischen "Besiedlungsvorschläge" annehmen, und daß sie besser daran tun, ihre Haltung zu ändern. Die britische Regierung unterstützt natürlich Smith dabei, eine Gruppe knieweicher Afrikaner zu organisieren, die vorgeben, die Massen zu vertreten und sagen, daß die Massen nun bereit seien, die Douglas Home - Douglas Smith Vorschläge anzunehmen. Das britische Parlament wird dann davon überzeugt werden, daß die "Nein"-Entscheidung der Pearce-Kommission sich zum "Ja" gewandelt habe, und die infamen "Besiedlungsvorschläge" werden endgültig anerkannt werden. So planen die Briten auf kriminelle Weise, ihren Verrat am Volk von Zimbabwe fortzu-

setzen, das - weit davon entfernt, sich zu unterwerfen - um so entschlossener ist, für seine Befreiung zu kämpfen.

Diese Entschlossenheit ist klar illustriert durch die Verhaftung von ca. zweihundert afrikanischen Dorfbewohnern, die angeklagt sind, den Guerillas von Zimbabwe Unterkunft und Verpflegung gegeben und mit ihnen zusammengearbeitet zu haben. Das wiederum straft die Behauptungen Ian Smiths Lügen, in denen er ständig sagt, die Leute von Zimbabwe seien "die glücklichsten Afrikaner auf dem Kontinent".

Die Ankündigung am 19. Januar, daß das rhodesische Regime den afrikanischen Häuptlingen mehr Macht gegenüber Dorfbewohnern, die die Guerillas unterstützen, gegeben hat, zeigt weiter den Ernst der gegenwärtigen

Auseinandersetzungen. Obwohl Rhodesiens Truppen durch südafrikanische unterstützt werden, die erst jetzt wieder durch viertausend Neuzugänge aus Kapstadt verstärkt wurden, waren sie nicht in der Lage, die Flut aufzuhalten, und das Regime muß sich nun auf Stammeshäuptlinge stützen, die vom Regime ernannt und bezahlt werden und nach dessen Belieben dienen.

(Quelle: Herausgegeben vom Öffentlichkeitsbüro der ZAPU. Box 1657. Lusaka. Februar/März 1973)

Adressenänderung

bitte rechtzeitig

bekanntgeben

KURZINFORMATION

RSA - IRAK - DDR

Bekanntlich hat der Irak in Ausübung seines Rechts auf Souveränität und territoriale Integrität die internationale Monopolgruppe Iraq Petroleum Company (IPC) durch Gesetz Nr. 69 vom 1.6.1972 nationalisiert, nachdem die IPC den gerechtfertigten Forderungen des Irak nach einer Kapitalbeteiligung, nach der Mitwirkung in der Leitung und nach einer Kontrolle über die ökonomischen und finanziellen Aktivitäten der Gesellschaft durch eine Produktionsdrosselung erpresserisch auszuweichen suchte. Was dem internationalen Ölkonzern im Zuge der Ausübung nationaler Souveränitätsrechte des Irak verloren gegangen ist, versucht er - ähnlich wie die aus Chile vertriebene US-amerikanische Kennecott Copper Corporation - im Zusammenspiel mit reaktionären Gerichten kapitalistischer Staaten zurückzugewinnen. Auf Antrag einer Tochtergesellschaft der IPC in der Republik Südafrika, der Basrah Petroleum (Pty.) in Durban, beschlagnahmte ein Durbaner Gericht eine für die DDR bestimmte Schiffsladung mit Öl. Obwohl sich das Gericht hierbei auf völkerrechtliche Regelungen berief, die angeblich auch Bestandteil der südafrikanischen Rechtsordnung seien, führte es mit diesem Urteil nur die bekannte Praxis der RSA fort, völkerrechtliche Verpflichtungen zu ignorieren. Sie setzte sich erneut über UN-Beschlüsse hinweg, die bei der Bestätigung und Interpretation geltender Völkerrechtsnormen eine wesentliche Rolle spielen. So bestätigte die UN-Vollversammlung in Resolution 1803 vom 14.12.1962 und in Resolution 2158 vom 25.11.1966 nach-

drücklich das souveräne Recht eines jeden Staates, insbesondere der Entwicklungsländer, im Interesse der ökonomischen Entwicklung über die natürlichen Ressourcen frei zu verfügen. Im Streitfalle - etwa bei Kompensationsforderungen - sind nach diesen Resolutionen die Gerichte des Landes zuständig, das in Ausübung seiner Souveränitätsrechte die Nationalisierung durchführte. Nur in Ausnahmefällen und bei gegenseitiger Übereinkunft der streitenden Parteien können internationale Gerichte angerufen werden.

(Financial Mail, 2.3.1973, S. 777; Yearbook of the United Nations 1962 und 1966, S. 503f. und S. 333 f.)

RSA

Auf den verstärkten Widerstandskampf der Afrikaner für nationale Unabhängigkeit und gegen jede Form kolonialer und rassistischer Unterdrückung im südlichen Afrika reagiert das südafrikanische Rassistenregime mit einem verstärkten Ausbau seines Militär- und Polizeiapparates. Im Haushaltsplan 1973/74, der ein Ausgabenvolumen von 4 432,5 Mio. Rand vorsieht, sind folgende Rekorderhöhungen für den Unterdrückungsapparat vorgesehen: Die militärischen Ausgaben steigen um 40% von 369,3 auf 512,9 Mio. Rand; die Ausgaben für Polizei und Gefängnisverwaltung erhöhen sich von 192,2 auf 219,9 Mio. Rand; die öffentlich ausgewiesenen Ausgaben für das dem Premierminister direkt unterstehende Spionagezentrum, das Bureau for State Security, nehmen um 63% von 5,5 auf 9 Mio. Rand zu. Demgegenüber steigen die Zuschüsse der Zentralregierung für das den Afrikanern aufgezwungene

rassistisch organisierte Erziehungssystem in den "weißen Gebieten" nur um 10 Mio. Rand.

(Vgl. The Star (Johannesburg), 7.4.1973; Financial Mail (Johannesburg), 30.3. und 5.4.1973)

Südafrikanische Farmer der Kap-Provinz, des Oranjerestaates und des Transvaal haben Vereinigungen gebildet, um Außenposten der Gefängnisse zu errichten, von denen aus afrikanische Häftlinge, die gegen die rassistische Gesetzgebung in irgendeiner Form verstoßen haben, als Zwangsarbeiter auf den Farmen eingesetzt werden. Jeder Farmer ist berechtigt, eine bestimmte Anzahl von Häftlingen als Landarbeiter zu beschäftigen.

In einem Bericht des South African Institute of Race Relations über den Arbeitseinsatz von Häftlingen auf privaten Farmen wird festgestellt, daß jeder Gefängnis-Außenposten etwa 250 Häftlinge aufnehmen kann, die von der Gefängnisverwaltung ausgesucht werden und eine Gefängnisstrafe von mehr als zwei Jahren absitzen müssen. Die an die Staatskasse abzuführende Gebühr für die Verwendung von Häftlingen beträgt 15 Cents (DM 0,60) pro Arbeiter an Werktagen und 10 Cents (DM 0,40) an Sonnabenden. Die Farmer haben für die Bewachung der Häftlinge, für den Transport von und zur Arbeitsstelle, für die Errichtung und Instandhaltung der Gebäude zu sorgen. Die Arbeitszeit dauert von 7 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Man schätzt, daß die Verwendung von Häftlingsarbeit den Wert einer Farm im westlichen Kap jährlich um mindestens 1000 Rand (= 4000 DM) pro Häftling steigert. Die für den Farmer anfallenden Gesamtkosten betragen pro Häftling und pro Tag 40 Cents (DM 1,60). Insgesamt wirkt sich die Verwendung von afrikanischen Zwangsarbeitern negativ auf das Lohnniveau der "freien" afrikanischen Landarbeiter aus, deren Reallöhne bekanntlich seit Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr gestiegen sind.

Aufgrund der Verwendung von Zwangsarbeit in der südafrikanischen Landwirtschaft erhält der Export südafrikanischer Agrarprodukte in die BRD einen besonderen Aspekt: Es kann angenommen werden, daß die Profite bundesrepublikanischer Obsthändler - eine Delegation von 18 Einkäufern, die 14 000 Einzelhandelsgeschäfte vertreten, besuchte im Februar dieses Jahres die RSA - nicht nur aus der Ausbeutung unterbezahlter "freier" afrikanischer Lohnarbeiter herrühren, sondern auch auf der Verwendung von Zwangsarbeit beruhen.

(Vgl. X-Ray, Current Affairs in Southern Africa, April 1973, Vol. 3, Nr. 7; The Star (Johannesburg), 17.2.1973)

Bangla Desh - Pakistan - Indien

Indien und die Volksrepublik Bangla Desh haben der Regierung von Pakistan den Austausch von 90 000 pakistanischen Gefangenen des Dezember-Krieges von 1971 und die Aufnahme der etwa 260 000 Biharis aus Bangla Desh gegen ca. 200 000 Bengalen in Pakistan angeboten. Unabhängig von diesem Angebot soll 195 Pakistanern in Bangla Desh der Prozeß wegen im früheren Ostpakistan begangener Kriegsverbrechen gemacht werden. Die Reaktion der pakistanischen Regierung auf dieses Angebot macht deutlich, daß sie noch immer nicht bereit ist, den politischen Realitäten Rechnung zu tragen und Bangla Desh völkerrechtlich anzuerkennen, sondern vielmehr den Versuch unternimmt, den Spalt zwischen Indien und Bangla Desh zu treiben. Der pakistanische Präsident Bhutto bat nämlich die indische Regierung, einen "Sonderemissär nach Islamabad zu schicken, um klärende Verhandlungen über das indisch-bengalische Angebot zu führen". Indien, das an der Normalisierung der Beziehungen zwischen Pakistan und Bangla Desh interessiert ist, soll auf diese Weise gegen Bangla Desh ausgespielt werden.

(FR vom 18.4.1973 und 24.4.1973; FAZ vom 14.4.1973)

OAS-Vollversammlung im April 1973

In der ersten Aprilhälfte tagte in Washington die Vollversammlung der alle amerikanischen Staaten außer Kanada, Guayana und Cuba umfassenden "Organisation amerikanischer Staaten" (OAS).

Die Gründung dieser Organisation im Jahre 1948 entsprach dem Interesse des US-Kapitals, seine Herrschaft angesichts der Fortschritte der revolutionären Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg stärker abzusichern. Die lateinamerikanischen Staaten wurden vertraglich der US-Vorherrschaft unterworfen und zugleich in die weltweite antikommunistische Front Washingtons eingereiht.

Runde zwei Jahrzehnte funktionierte dieses Instrument den Interessen des US-Imperialismus gemäß: Ökonomische Erpressung, das von den USA unterhaltene System reaktionärer Regimes, die Unterdrückung jeder fortschrittlichen Bewegung in Lateinamerika garantierten die Gefolgschaft des sogenannten "Hinterhofes" Lateinamerika. So auch noch, als dieses System durch die sozialistische Entwicklung der cubanischen Revolution einen Riß erhielt. Nach dem Debakel der CIA-Aggression in der cubanischen "Schweinebucht" 1961 ließ Präsident Kennedy in Punta del Este den "Marxis-

mus-Leninismus (für) unvereinbar mit dem interamerikanischen System" erklären und Cuba ausschließen. Begleitet wurde dieses Manöver durch die "Allianz für den Fortschritt", welche die neokoloniale US-Herrschaft durch eine "Wirtschaftshilfe" von 20 Mrd. US-Dollar (bis 1973) langfristig stärken sollte.

Auch 1965 noch vermochten die USA, die OAS zu zwingen, der Intervention in der Dominikanischen Republik (vgl. AIB Nr. 3/1973) durch eine symbolische Beteiligung an der Aggressionstruppe der USA den Anstrich einer "kollektiven" Sanktion gegen eine angebliche Revolution zu geben.

Seither verschlechterte sich die Position der USA jedoch auch in Lateinamerika ständig. Die Bildung des antiimperialistischen Regimes in Peru mußte ebenso hingenommen werden wie der Wahlsieg der Volksfront in Chile; Cuba überwand mit Hilfe vor allem der Sowjetunion weitgehend die Folgen des Boykotts - mehrere OAS-Staaten nahmen inzwischen wieder wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Cuba auf. Eine weitere entscheidende Schlappe verhinderte jüngst im UN-Sicherheitsrat der US-Delegierte mit dem 71. Veto in der Frage der Räumung der Panamakanalzone gegen eine mit 13 von 15 Stimmen angenommene Resolution.

Die OAS-Vollversammlung stellte diese Forderung ebenfalls; lediglich die faschistischen Diktaturen Brasiliens und Paraguays hielten zu den USA. Die Forderung nach Beendigung des Cuba-Boykotts lehnte US-Außenminister Rogers arrogant ab: Die in Cuba vorgenommenen Veränderungen reichten für eine Anerkennung noch nicht aus. Chiles Außenminister Almeyda verlangte, die OAS müsse ein Organ der Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Länder ohne die USA werden und diesen gegenüber gemeinsame Interessen vertreten. Dieser Plan wurde vorerst nur von Panama und Peru unterstützt; ebenso waren erst sechs der 22 OAS-Mitglieder für die Anerkennung Cubas - Venezuela, Kolumbien, Argentinien und Ecuador gelten indessen als künftige Angehörige dieser Fraktion.

Weniger das Ergebnis als vielmehr der Verlauf der OAS-Konferenz zeigt erhebliche Veränderungen an: Die lateinamerikanischen Länder sind immer weniger gewillt, sich dem Druck der USA zu beugen. Immer stärker werden die antiimperialistischen Kräfte und unter ihnen der Einfluß des Sozialismus. Das Auftreten eines Landes wie Panama gegen die USA zeigt das veränderte politische Kräfteverhältnis, zeigt den verminderten Einfluß des US-Imperialismus.

Wie eine Farce mutet daneben das Verschleierungsmanöver Nixons an, der während der Konferenz eine "'Panamerikanische Woche' der Freundschaft und gegenseitigen Verständigung zwischen Nord- und Südamerika" verkündete.

(FR vom 9. und 17. April 1973; DVZ Nr. 13 und 16/1973)

Chile

Eine Gruppe von Mitgliedern der ultralinken MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionario) hat am 23. April das Ministerium für öffentliche Arbeiten in Santiago besetzt, um, wie es heißt, das Mitspracherecht im Ministerium und die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiter zu erreichen. Erst nach längeren Verhandlungen mit dem Minister für öffentliche Arbeiten, Martones, und dem Staatspräsidenten Allende, waren die MIR-Angehörigen zu bewegen, das Ministerium zu räumen. Angesichts des Wirtschaftskrieges der US-Monopole gegen die Regierung der Volkseinheit und dessen Unterstützung durch die einheimische Bourgeoisie, scheinen die Forderungen der MIR ("Alle Macht den Arbeitern") zumindest an den falschen Adressaten gerichtet zu sein.

Während der Aktion wurden ca. 2000 Angestellte des Ministeriums ausgesperrt. Abgesehen von der politischen Unsinnigkeit dieser MIR-Aktion hat der Umstand, daß das Ministerium zeitweilig lahmgelegt war, sicherlich nicht der Verbesserung der sozialen Bedingungen der Arbeiterklasse gedient. In diese Richtung ging auch die Stellungnahme Allendes zu den Vorfällen. Nach Angaben der Polizei wurde keiner der Besatzer verhaftet.

(FAZ, 24.4.1973)

Antiimperialistisches Informationsbulletin

6/73

bringt u.a.:

Bericht über die internationale Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten, Bologna, 11.-13. Mai 1973

Albert Tshume:
Der nicht-kapitalistische Entwicklungsweg in Afrika